

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Ausschluss für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 22. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der „Ankauf“ Polens.

Mehr als ein Jahrhundert ist verfloßen, seitdem Polen durch Gewalt und List in drei Theilungen als selbständiges Reich vernichtet und als Beute stückweise unter die drei Nachbarrreiche geworfen ist. Seitdem hat man nicht aufgehört, die Polen zu Preußen, Rußen, Österreichern zu machen, und die Wirkungen dieser sinnlosen Nationalitätenpolitik bestehen darin, daß die polnische Nationalität kräftiger ist denn je.

Ganz besonders hat Preußen mit wachsender Leidenschaft gesteigerte Gewaltthätigkeit und — vermehrte Geldmittel die „Germanisierung“ Polens betrieben. Und jetzt, nach mehr als hundert Jahren germanisierender Thätigkeit, geht Preußen daran, das längst erworbene Land nun nachträglich noch — anzukaufeu. Was Preußen ererbt von seinen Vätern hat, will es jetzt bezahlen, um es zu „besitzen“. Man hat das Polentum nach allen Regeln preussischer Polizeibrutalität drangsalirt — mit dem Erfolg, daß man jetzt im großen Stil den Versuch unternimmt, die polnische Nationalität — auszukaufeu. Ein schmäblicheres Fiasko hat niemals die sanose „Staatskunst“ der zünftigen Regierungsmänner erlitten, wie in der preussischen Polenpolitik.

Die antipolnische Ankaufspolitik Preußens begann 1896. Damals wurden die ersten 100 Millionen „zur Verbesserung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“ von Staats wegen flüssig gemacht. 1898 wurde der noch nicht verbrauchte Fonds auf 200 Millionen erhöht. Und soeben ist dem preussischen Landtag der bereits seit einiger Zeit angekündigte Gesetzentwurf vorgegangen, der nicht weniger als weitere 250 Millionen — eine Viertel Milliarde — für den Germanisierungskrieg verlangt.

Diese ungeheuerliche Forderung setzt sich zusammen aus 150 Millionen, um die der Ankaufsfonds vermehrt werden soll, und 100 Millionen, die der Staatsregierung zur Verfügung gestellt werden sollen, „um in den Provinzen Westpreußen und Posen Güter zur Verwendung als Domänen oder Grundstücke zu den Forsten anzukaufeu und die Kosten ihrer ersten Einrichtung zu bestreiten“.

Diese „innere Kolonisation“ steckt sich also jetzt weitere Ziele. Sie begnügt sich nicht mehr damit, bankrotten polnischen Großgrundbesitzern ihre Güter für teure Preise abzunehmen und sie dadurch wirtschaftlich zu stärken — gelegentlich wurden die Fonds auch zur „Rettung“ notleidender deutscher Junker demütigt —, man strebt jetzt auch eine Art „Verstaatlichung“ Polens an: polnische Güter sollen in preussische Domänen verwandelt werden, auf denen dann germanische Beamte und Pächter mit besonderer Schneidigkeit über die billigen polnischen Arbeitskräfte herrschen werden.

Daß diese ganze germanisierende Ankaufspolitik gerade vom Standpunkt deutsch-nationalen Chauvinismus verfehlt ist, haben alle Erfahrungen bewiesen. Die Millionen, die hineingesteckt wurden, haben das Polentum nicht geschwächt, sondern gefördert. Wenn noch irgend ein Zweifel über die Zweckwidrigkeit der bisherigen Ansiedelungsthätigkeit bestehen sollte, so wird er durch die „Vergrößerung“ der neuen 250 Millionen-Vorlage beseitigt. Denn diese Vergrößerung ist die beste Widerlegung der in ihr enthaltenen Forderungen und die schwerste Anklage gegen die ganze Germanisierungspolitik.

Was stellt die „Vergrößerung“ über die Wirkungen der bisherigen Ansiedelungspolitik fest? Man höre:

„In den Provinzen Westpreußen und Posen ist seit einer Reihe von Jahren das Deutschthum wirtschaftlich und politisch in besonders gefährlicher Weise zurückgedrängt worden und die Staatsregierung daher genöthigt, in Abwehr dieses Angriffs mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schon bestehende, ihr ankündigte Verteidigungsmassnahmen weiter auszugestalten. In dieser Hinsicht ist es dringlich geboten, der sich fortgesetzt zu Ungunsten des Deutschthums vollziehenden Verdrängung des Nationalitätenverhältnisses Einhalt zu thun durch Vertheilung von Mitteln in einem solchen Umfange, daß durch eine deutsche Besiedelung jener Provinzen ein ausreichendes Gegengewicht gegen das Anwachsen des polnischen Grundbesitzes geschaffen wird.“

Es wird dann die sehr interessante Thatsache festgestellt, „daß in den letzten fünf Jahren die deutsche Hand in den Ansiedelungsprovinzen unter Berücksichtigung ihres Landgewinnes immer noch rund 31 000 Hektar, also etwa 5,5 Quadrarmeilen, verloren hat“.

Für jeden vernünftigen Menschen wäre mit dieser Feststellung unwiderleglich bewiesen, daß der 200 Millionen-Fonds das Gegenteil der beabsichtigten Wirkungen zur Folge gehabt hat. Aber die königlich preussische Staatsraison hat ihre eignen Denkgesehe. Sie folgert: Wenn man mit 200 „germanischen“ Millionen eine Vermehrung des polnischen Landbesitzes um 31 000 Hektar erzielt hat, so werden weitere 250 Millionen sicher die „polnische Hand“ verkleinern. Diese Logik hat bisher nur einen Vertreter gehabt: Es ist nämlich die Logik des bankrotten Grundbesitzers, der Millionen auf Millionen wegwirft, um Treber zu trocknen; es ist die Logik etwa der Leipziger Post.

Wenn man nach einigen Jahren die neue Viertel-Milliarde so ziemlich verbraucht haben wird, so wird man vielleicht eine weitere halbe Milliarde fordern, und in der „Vergrößerung“ wird abermals konstatiert werden, daß die bis dahin für Germanisierungszwecke aufgewendeten 450 Millionen zu dem Resultat geführt haben, daß sich der deutsche Besitz wieder um etliche 10 000 Hektar Landes vermindert habe; es sei aber „eine Frage der Selbsthaltung für den preussischen Staat, in seinen östlichen Provinzen dem Deutschthum die politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten, auf die es durch seine bisher dort geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat“ — folglich sei die weitere halbe Milliarde dringend notwendig.

Will man die ganze tolle Hilflosigkeit der neudeutschen „Kulturpolitik“ erkennen, so muß man diese Polenvorlage — deren nähere Kritik wir uns vorbehalten — studieren. Auf moralische

Eroberungen verzichtet man längst. Die „Kulturarbeit“ besteht nur noch im Aufgebot von Nachtmeister-Schneidigkeit, und mit dem Stod begeistert man die Polen für die Vorkänge der deutsch-fränkischen Zivilisation. Und wenn man durch solche „Kulturpolitik“ der Kunde den letzten Polen glücklich zum Feinde dieses deutschthums aufgereizt hat, dann fordert man von den deutschen Steuerzahlern Hunderte von Millionen, um das Polentum — anzukaufeu, indem man die notleidenden polnischen Landherren aus ihrer wirtschaftlichen Zwangslage befreit: Verkaufte Käufer!

Sollte es nicht einfacher sein, wenn der preussische Staat — wenn er einmal solche Vorteile für die Zwangspolonisation hat — die jetzt verlangte Viertelmilliarde lieber gleich dem fagenhaften polnischen Nationalstolz überweist, der sich in der Schweiz befinden soll?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai.

Der Kinderschutz und die deutschen Lehrer.

Die deutsche Lehrerversammlung in Chemnitz. Aber die wir an anderer Stelle berichten, hat sich auch mit der aktuellen Frage des Arbeiterschutzes für Kinder und der dem Reichstage vorliegenden Gesetzesvorlage über diese Materie beschäftigt. Sie hat folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die deutsche Lehrerversammlung spricht der Reichsregierung für die Einbringung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit ihren Dank aus. Zweck der Durchführung einer baldigen Regelung, auch der landwirtschaftlichen Kinderarbeit wünscht die deutsche Lehrerversammlung eine amtliche Erhebung. Das Prinzip der Erwerbsfähigkeit schulpflichtiger Kinder verwerfen, fordert sie gemäß ihrer Beschlüsse von 1898: 1. Das Verbot jeder erwerbsfähigen Beschäftigung der Kinder vor vollständigem zwölften Lebensjahre, 2. ebenso das Verbot für alle Kinder vor Beginn des Unterrichts für Accordarbeit, Sonntagsarbeit und Doppelbeschäftigung, 3. kurze Arbeitszeiten auch für die freien, gänzliches Verbot für bestimmte Betriebe, staatliche Aufsicht und baldige Ausdehnung der Bestimmungen für die Beschäftigung auch in der Landwirtschaft und häuslichen Diensten. Die deutsche Lehrerversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Lehrerschaft durch Mitwirkung bei der Ausfertigung der Arbeitskarten und der Kontrolle an der Ausführung des Gesetzes beteiligt werde.“

Zwar genügen auch diese Forderungen nicht, um einen wirklichen Kinderschutz gegen vorzeitige Arbeitsausbeutung herbeizuführen, aber sie gehen weit hinaus über die Vorschläge der verbündeten Regierungen und bewegen sich in der Richtung, in der von socialdemokratischer Seite Kritik an der Regierungsvorlage geübt worden ist. Insbesondere fordern die Lehrer, in Uebereinstimmung mit unserer Partei, eine amtliche Erhebung über die landwirtschaftliche Kinderarbeit und eine Regelung derselben. Die agrarischen Wortführer im Verein mit dem Staatssekretär v. Posadowski haben diese socialdemokratische Forderung im Reichstage entwirrt abgewiesen, indem sie die Erneuerung der landlichen Kinderarbeit in ein liebenswürdiges Dyll umzuwandeln versuchen. Jetzt stellen die deutschen Lehrer, gewiß sachverständige Beurtheiler dieser Dinge, in Einstimmigkeit dieselbe Forderung auf!

Der Rücktritt Waldeck-Rousseaus.

Waldeck-Rousseau hat Wort gehalten. Was er schon seit Wochen durch die Presse lancierte Notizen ankündigte, hat er nunmehr in die That umgesetzt: er hat, nach der offiziellen Mitteilung des „Temps“, dem Präsidenten Loubet faktisch seine Demission eingereicht. Loubet soll Waldeck-Rousseau gebeten haben, die formelle Demission bis zu seiner Rückkehr aus Rußland zu vertragen, was von Waldeck-Rousseau concedirt worden sei. Die Demission werde also etwa am 29. Mai offiziell werden.

Waldeck-Rousseau hat seine Demission mit zwei Motiven begründet. Einmal mit seinem angeschwundenen Gesundheitszustand, andererseits damit, daß ja seine Mission, der Republik über die Fährnisse des reaktionären Aufsturus hinwegzuhelfen, vollendet sei. Der Ausgang der Wahlen habe ja bewiesen, daß der Republik für erste keinerlei ernste Gefahren mehr drohen.

Ob die Demission Waldeck-Rousseaus den Rücktritt des gesamten Kabinetts bedeutet, ist einstweilen noch nicht zu übersehen. Man nimmt teilweise an, daß das nächste Kabinett einfach ein Kabinett Waldeck ohne Waldeck sein, und daß der Juridictretens selbst hinter den Coulissen das Kabinett zusammenzusetzen werde. Nur soviel sei sicher, daß gleichzeitig mit Waldeck Millerand zurücktreten werde. Millerand werde der Auffassung seiner jauchzenden Parteifreunde Rechnung tragen, derzufolge ja nunmehr die Teilnahme eines Socialisten an der Regierung jetzt, nach Sicherstellung der Republik, keine Verrechtigung mehr haben soll. Möglich, daß Millerand bei seinem Entschlus auch nicht mehr ganz freiwillig handelt, da ja jetzt die Regierung auf die Unterstützung der Socialisten verzichten kann.

Als Millerands Nachfolger wird Bellestan genannt. Andere Ansichten gehen dahin, daß möglicherweise auch die Fortschritt-republikaner, die ehemaligen Ministern, am neuen Kabinett beteiligt werden würden, daß sich also die Achse desselben nach rechts verschieben werde. Als Vorsitzender des neuen Kabinetts wird auch Brisson genannt.

Die imperialistische Bedeutung des Kornzolls.

London, 18. Mai. (Fig. Ver.)

Nur langsam enthüllt sich den englischen Politikern die wirkliche Bedeutung des Kornzolls. Unbedeutend, wie er ist, scheint er bestimmt zu sein, die Grundlage der imperialen Föderation, des britischen Zollvereins zu werden. Darauf die Aufmerksamkeit Englands gelenkt zu haben, ist das Verdienst Sir Wilfried Lauriers, des Premierministers von Kanada. Am 12. d. M. folgte

er im kanadischen Parlamente in Ottawa: „... Auf Einladung der Reichsregierung gehe ich nach London, um die Handelsbeziehungen zu diskutieren. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß der Kolonialsekretär die Kolonialvertreter zu einer Besprechung dieses Gegenstandes eingeladen hätte, ohne ihnen bestimmte Vorschläge machen zu wollen. England hat jetzt einen Zoll auf Getreide und Mehl. Kanada ist also jetzt in der Lage, um Abzugsmärkte mit dem Mutterlande zu unterhandeln. Das ist der erste Schritt zu einem Vorzugstarif.“ Wie bekannt, hat Kanada in dem imperialistischen Jubeljahre 1897 seine Verträge mit Deutschland und Belgien gekündigt, um England einen Vorzugstarif von 25 resp. 33 Proz. gewähren zu können. So lange England das Freihandelsprincip wahrte, konnte es den Kanadiern keine Gegenleistung bieten. Es durfte zwischen den Kolonien und dem Ausland keinen Unterschied machen. Das Budget 1902/3 mit seinem minimalen Kornzoll hat die Sachlage geändert.

Kanada ist die bedeutendste Agrarkolonie des britischen Reiches. Es muß zu seiner weiteren Entwicklung sichere Absatzmärkte haben. Es hat England einen Vorzugstarif gewährt und während des südafrikanischen Krieges mit Hiltstruppen gedient. Die Stimmung in England für Kanada ist eine äußerst freundliche. Sir Wilfried Laurier wird mit Recht auf die Loyalität seines Landes hinweisen können, und es dürfte der englischen Regierung unmöglich sein, die Wünsche Kanadas unberücksichtigt zu lassen. Der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und Kanada ist also unabweislich. Aber bei diesem Vertrage kann es sein Bewenden nicht nehmen. Lokale Kriegshilfe haben auch Australien und Neuseeland geleistet und ihre Regierungen haben bereits erklärt, zum Abschluß eines Handelsvertrages mit England geneigt zu sein.

Der britische Zollverein, noch im Jubiläumjahre 1897 ein Traum Chamberlains und Rosebergs, steht vor seiner Bewirklichung.

Am 13. d. M. brachte der liberale Führer Sir Henry Campbell-Bannerman diesen Gegenstand vor das Parlament und benutzte ihn als Argument gegen den Kornzoll. In seiner Antwort ließ sich Mr. Balfour auf diese Frage nicht ein, sondern blieb bei seiner kirchlichen Behauptung, der Zoll sei nur zu Fiskalzwecken eingeführt worden. Aber die „Times“ vom 14. d. Mts. erklärten: „Was Sir Henry als ein Argument dagegen ausführt, ist für uns ein Argument dafür. Die imperialistische Föderation, die der Entwicklung unsres Reiches nötig ist, kann nicht durch platonische Erklärungen hervorgebracht werden. Wir müssen irgend eine Interessengemeinschaft und Gegenseitigkeit als Nahrung und Sporn für die Gefühle der Loyalität und Anhänglichkeit schaffen, die sich während der südafrikanischen Wirren so glänzend manifestiert haben.“

Und in diesem Sinne sprach gestern abend Mr. Joseph Chamberlain in Birmingham. Man liest in Deutschland, wenn man die Meinungen des Kolonialsekretärs gering schätzt; sie sind stets der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Chamberlain sagte: „... In der letzten Sitzung des Parlaments griff der liberale Führer den Kornzoll an und argumentierte, er werde uns zur imperialen Föderation führen. Gewiß ein schreckliches Ungeheuer! (Heiterkeit). Cobden, dem er zu folgen vorgeht, — Cobden, der große Freihandelsagitor, schloß einen Handelsvertrag mit Frankreich. Aber uns soll es verboten sein, einen solchen Vertrag mit unsren Kindern zu schließen!“

Das ist die wahre Bedeutung des Budgets 1902/3. Der Kornzoll ist der Grundstein des britischen Zollvereins, der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenfassung der britischen Kolonien mit dem Mutterlande. Die Zollschranken sollen den imperialen Geschäften die Einheit geben. Und sie werden ausgerichtet werden am Störungstage Edwards VII.

Der schwedische Wahlrechtskampf.

Bereits gestern haben wir darauf hingewiesen, daß unsre schwedischen Genossen nicht das Ziel mit ihrem Generalkampf erreicht haben, daß sie sich ursprünglich gestellt hatten. Der gegenwärtige Reichstag hat trotz der gewaltigen Propaganda der Arbeiterpartei, trotz der großartigen Demonstrationen des schwedischen Volkes nicht das allgemeine Wahlrecht definitiv eingeführt, sondern lediglich beschloßen, die Regierung aufzufordern, die Frage nochmals zu untersuchen und um die Mitte der nächsten Legislaturperiode einen auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten Vorschlag nach proportionalen System vorzulegen. Der neue Reichstag muß also noch nach dem alten Wahlrecht gewählt werden, die Reform ist auf drei Jahre hinausgeschoben. — „Es ist nicht Sieg“, schreibt Wranting, „und wenn die Arbeiter dennoch Ursache zur Siegesstimmung haben, so ist das wegen ihres bewundernswürdigen Kampfes zum Generalkampf. Hunderttausend bei dieser Versuchsmobilisierung und alle ruhig und mit Selbstbeherrschung — wie lange will man einer solchen Macht, die hinter einer Forderung der Gerechtigkeit steht, zu trotzen suchen? — Aber wenn die Frage auch dieses Mal gefallen ist, so ist sie doch gleichwohl in ein ganz neues Stadium eingetreten. Unser nächstes Ziel ist gewonnen. Der Regierungsvorschlag ist definitiv begraben und der Ausnahmestadium ist ebenfalls. Statt dessen werden beide Kammern genöthigt, darauf hinzuweisen, daß man an dem allgemeinen Wahlrecht nicht vorbeikommen kann. Ohne dieses wird kein Friede im Lande werden.“

Deutsches Reich.

Aus dem württembergischen Landtag.

Stuttgart, 19. Mai.

Der Landtag trat am 13. Mai zu einer Tagung zusammen, um in der Hauptsache die endlich von einer Kommission vorbereiteten Steuerreform-Gesetze zu erörtern. Aber schon in den ersten Tagen mußte man die Hinterhältigkeit der

Centrumsführer wieder in der unangenehmsten Weise empfinden. Durch die Energielosigkeit der größten Fraktion des Hauses, der Volkspartei, war das umfangreiche Referat der großen Materie, das über die Einkommensteuer, wieder an Gröber übertragen worden, der daselbst auch bei der letzten vertheilten Steuerberatung hatte. Später war dann auch noch der Vorsth der Kommission einem Centrumsmann übertragen worden. So ist Gröber der Herr der Situation. Er rechnet: wird in diesem Frühjahr die Steuerreform in der zweiten Kammer fertig, dann ist in diesem Landtag noch Zeit zu einer Schul- und Verfassungs-Reform. Beides will das Centrum nicht. Wird die Steuerreform möglichst lange verzögert, dann bleibt keine Zeit mehr für die beiden andern Fragen. So kann man verstehen, daß Gröber jetzt erklärte, er sei nicht in der Lage, seinen Bericht fertig zu stellen, und erst nach langen, sehr erregten Verhandlungen zwischen Regierung, Präsidium, Fraktionsführern und Gröber kam die Einigung zu stande, erst etwa Ende Juni an die Steuerberatung zu geben. Dies alles erinnert sehr an den Verrat des Centrums vor zwei Jahren, als es die letzte Verfassungsreform bereitete.

Die Tage der letzten Wochen brachten im Landtag ganz interessante socialpolitische Debatten. Zuerst kamen Beratungen über den Bauarbeiterlohn. Die sogenannte Landes-Kommission der Bauarbeiter (eine Vertretung der verschiedenen Gewerkschaften des Bauhandwerks) und die christlichen Bauhandwerker hatten je eine Petition an den Landtag gerichtet. Beide forderten eine schärfere Kontrolle der bestehenden Schutzvorschriften unter Zugiehung von Bauarbeitern. Während die christlichen Bauarbeiter diese Regelung bei Erlassung einer neuen Bauordnung wünschten, forderte die Landeskommission: es möchten alle bestehenden, im Bürgerlichen Gesetzbuch, Strafgesetzbuch, Gewerbeordnung, Bau-Ordnung, Polizeiverordnungen, ministeriellen Verordnungen und den Unfallverhütungs-Vorschriften der Bauhandwerks-Berufsgenossenschaften zerstreuten Schutzmaßregeln für die Bauarbeiter gesammelt und als „gesetzliche Schutzbestimmungen für Württemberg“ herausgegeben werden. Weiter sollte die Kontrolle einer staatlichen Behörde übertragen und zu diesem Zweck die Gewerbeinspektion durch technische Beamte und praktische Bauarbeiter erweitert werden. Für die zu ernennenden Controlanten aus Arbeiterkreisen sollte den beteiligten Arbeitern das Vorschlagsrecht eingeräumt und jeder Bau monatlich einmal kontrolliert werden. Die Regierung gab zu, daß seither die Kontrolle noch sehr zu wünschen übrig gelassen habe. Der Minister v. Bischof wandte sich jedoch gegen die Einföhrung einer staatlichen Kontrolle und gegen die Angliederung an die Gewerbeinspektion. Principiell bekämpfte er die Anstellung von Arbeitercontrolanten in der gewünschten Art, er könne niemand das Vorschlagsrecht für angustellende Beamte einräumen. Er wolle die örtliche Bauhandwerker und halte das für genügend. Dieser ablehnende Standpunkt fand die stärkste Unterstützung bei der „socialen Demokratie“, bei unserer Volkspartei, trotzdem der Berichtsteller der volkswirtschaftlichen Kommission, der Volksparteiler Gabler, zuerst den Antrag gestellt hatte, beide Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Für unsere Fraktion führten in dieser Frage die Genossen Hildenbrand und Tauscher das Wort. Sie wiesen die volle Verdrängung der beiden Petitionen nach. Aber alles half nichts. Das Centrum zerplüßte sich auch und schließlich fand ein vom Volksparteiler Hausmann und dem Centrumslied Kiene zusammengebrachter Verlegenheitsantrag Annahme, in welchem die Petitionen durch die bereits erlassenen Vorschriften als erledigt bezeichnet werden. Die principiell wichtigste Frage wird darin durch folgenden allgemeinen Satz erledigt:

„Im übrigen diese Petitionen der königl. Regierung zur weiteren Berücksichtigung dahin mitzutheilen, daß auf eine sachgemäße Ausgestaltung der Bauhandwerker Bedacht genommen werde in der Weise, daß neben Arbeitgeber auch Mitglieder aus dem Bauhandwerkerstande hinzugezogen werden.“

Es ist sonach die Regierung weder an eine staatliche Regelung noch an eine Anstellung von Arbeitern als Controlanten gebunden, und bleibt es Sache der Bauarbeiter, durch Stärkung ihrer Organisation bald wieder den Landtag zu einer Entscheidung zu drängen. Der socialdemokratische Antrag, die Petitionen in ihrem ganzen Umfang zu berücksichtigen, fand nur die fünf socialdemokratischen Stimmen. Mögen sich die christlichen Bauhandwerker dafür beim Centrum bedanken!

Die zweite socialpolitische Beratung galt dem Submissionswesen, bei welcher unsere Fraktion die einschlägigen Forderungen der Arbeiter mit Erfolg zur Verhandlung brachte. Veranlaßt wurde die Beratung durch einen Antrag des Centrums, in welchem eine staatliche Regelung des Submissionswesens gefordert wurde unter Zugiehung des organisierten Handwerks bei Aufstellung der Vorausschläge und Vergütung der Arbeiter. Die gesetzliche Regelung wurde gegen das Centrum abgelehnt, dagegen bei Vergütung staatlicher Arbeiten bestimmte Grundsätze anerkannt, die auch den Gemeinden empfohlen werden sollen. Bei der Beratung dieser Grundzüge stellte Genosse Hildenbrand schon in der volkswirtschaftlichen Kommission den Antrag auf Einführung bestimmter Festsetzungen in Bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit (Lohnklausel). Diese Lohnklausel bildete denn auch im Pleum den Stein des Anstoßes und da waren es wieder Volksparteiler, die sich als deren größte Gegner erwieisen. Die Anerkennung getroffener Tarifvereinbarungen fand bei der Regierung Zustimmung, entschieden wurde jedoch von ihr der Antrag bekämpft, daß nur die Unternehmer staatliche Arbeiten bekommen sollen, bei denen „ständig nicht über zehn Stunden pro Arbeitstag“ gearbeitet wird. Dieser letztere Antrag wurde auch mit allen gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte der vom Centrum aufgenommene socialdemokratische Antrag, daß „unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen“ verboten sein soll. Annahme fand dann ein von der Regierung gestützter Kompromißantrag.

Landrat v. Alten in Schleswig, dessen Wahl zum Abgeordnetenhaus für ungültig erklärt worden war und dem von höherer Stelle bereits bedeutet wurde, daß er auf eine erneute Kandidatur verzichten solle, ist jetzt auch von seinem Posten beurlaubt worden. Man nimmt an, daß die Beurlaubung nur der Vorbote ist für die völlige Abberufung des Herrn Landrats vom Schauplatz seiner Wahlbeeinflussungstätigkeit.

Es ist außerordentlich, daß Wahlbeeinflussungen so schwer gerächt werden wie im Fall des Herrn v. Alten. Dieser Herr Landrat hat das Wahlbeeinflussungs-Umwesen auch allzu sehr discreditiert. So ungeschickt darf das nicht gemacht werden.

Zwei Kriegsgericht-Urteile. Kiel, 16. Mai. (Eig. Ber.) Kürzlich war hier, wie seiner Zeit gemeldet, von dem Reichswehr-Kriegsgericht der Offizierskategorie ein Major, der am hellen Tage in belebter Stadtgegend einen Schloßbesitzer mit dem Messer zusammengehauen und dann den besinnungslos am Boden liegenden in bestialischer Weise so lange mit den Fäusten bearbeitet hatte, bis er den Geist aufgab, mit vier Jahren Gefängnis bestraft worden. Weite Kreise der Bevölkerung waren über die Milde dieser Justiz empört, und selbst die bürgerliche Lokalpresse riskierte über das Urteil mehr oder minder obfählige Bemerkungen. — Gestern hatte das Ober-Kriegsgericht als Berufungsinstanz über die Audiscreitungen dreier Seesoldaten zu urteilen. Die Leute hatten in der Betrunkenheit einen Malchinsmaaten, der den einen angehalten und ihn wegen angeblich unvorschriftsmäßigen Gähns die Nase vom Kopf gerissen hatte, mehrere Schläge vertheilt. Es handelte sich um eine Anrempelung gewöhnlicher Sorte, wie sie hier zwischen Marinern untereinander und Marinern und Civilisten an der Tagesordnung sind, nur daß diesmal ein Unteroffizier der Angreifende war. Das Kriegsgericht der Marineinspektion hatte die Angeklagten wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu drei Jahren bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Er will das Vergehen des Seesoldaten als Verbrechen des mili-

tärischen Anstufes und der Zusammenrottung Untergeordneter gegen Vorgesetzte in Verbindung mit Gewaltthätigkeiten nach § 106 und § 107 des Militär-Strafgesetzes aufgefaßt wissen. Das Ober-Kriegsgericht gab der Berufung statt und verurteilte die zwei der Angeklagten, denen Gewaltthätigkeiten nicht nachgewiesen werden konnten, nach § 106 wegen Anstufes zu je fünf Jahren Gefängnis, den dritten, der allein gegen den Maaten thätlich geworden war, nach § 107 zu fünf Jahren Zuchthaus. Die Gegenüberstellung der beiden Urteile macht jeden Kommentar überflüssig!

Kapitalismus und Seelsorge-Betrieb. In einer Versammlung der Bremener Kirchenverwaltung hat der Pastor Kalkhoff einiges Erbauliche über die kapitalistische Zünderung des Prediger-geschäfts zur Sprache gebracht. Er meinte, daß die Gebühren für Taufen, Trauungen und Leichenreden genau das seien, was man sonst Feinleibler nennt. Auch gegen Gebühren-Tarife hat der Pastor Bedenken:

Wenn der Geistliche der Herold einer sittlichen Weltanschauung sein soll, so kommt er auch in die Lage, stülische Urteile auszusprechen, die gerade dadurch, daß sie der vulgären Werthschätzung widersprechen, das stülische Urteil weiterbilden und vertiefen. Für diese seine Thätigkeit, die jedenfalls eine wesentliche Seite seines geistlichen Amtes ist, braucht aber der Prediger die volle Unabhängigkeit des Richters, so daß ihn materielle Vorteile nicht bestechen. Der Prediger hat seinen Beruf verheißt, der nach dem Grundgesetz lautet: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Aber auf diesen Grundtag ist unser Bremer Kirchenwesen recht eigentlich zugeschnitten. Ist genug gerät das Urteil des Geistlichen unbewußt unter den Bann der zahlungsfähigen Leute und mag das moralische Milieu derselben auch noch so anerkennenswerth sein, so verengt es doch den freien stülischen Blick des Geistlichen. Hinter den Kulissen wirken noch ganz andre Gesetze mit: ein Werden einzelner Geistlichen in den Familien, um einen möglichst gefüllten Lehrsaal beim Religionsunterricht zu bekommen, wobei dem Referenten Pöbel besonnen sind, in denen dieses Kundschafftuchen so offenkundig betrieben wurde, daß es bei den betreffenden Familien das größte Aergernis erregt hat, und dann im Unterrichte selbst zu zweierlei Maß und Gewicht für die Armen und die Reichen. Für die Persönlichkeiten sehe ich darin einen milderen Grund für das oft bis an die Grenzen des unlauteren Wettbewerbs gehende Konkurrenztreiben, daß das System dieses Konkurrenztreiben sanktioniert. So werde aus den chaotischen Zuständen des Gemeindegelbes zusammen mit dem Erwerbsleben des Geistlichen aus der religiösen Freiheit eine geistige Abhängigkeit von den materiellen Lebensbedingungen geschaffen. Die Geistlichen versuchen, bemittelte Leute in ihre Gemeinde hineinzuziehen, um die Gemeinde finanziell zu stärken. So wird das kirchliche Leben in der Hauptsache der Kapitalmacht ausgeliefert.

Wenn der Pastor Kalkhoff einmal das kommunistische Manifest lesen wollte, so würde er dort in jenem berühmten Satz bereits den „Pastor der zahlungsfähigen Leute“ charakterisiert finden: „Die Bourgeoisie hat alle bisher christlichen und mit frommer Schein betrachteten Thätigkeiten ihres Heiligenscheins entleert. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Zur Finanzklemme der Einzelstaaten. — Strafbare Obstruktion. Aus Altenburg wird uns geschrieben: Unser Landtag ist nach vierzehntägiger Tagung am Pfingstsonntag geschlossen worden, um erst kurz vor Weihnachten mit seiner segensreichen Arbeit wieder zu beginnen. Damit nämlich die Session nicht zu lang wird, hat unsere Staatsregierung ein sicher wirkendes Mittel gefunden, sie beruht nämlich den Landtag stets einige Wochen vor den großen Feiertagen ein; was dann bis zum Vorabend dieser Feiertage nicht fertig wird, bleibt liegen bis zu den nächsten Feiertagen. Auf diese Weise ist gewissermaßen vorgezeichnet, wann der Landtag mit seinen jeweiligen Arbeiten fertig sein muß.

Die Session war besonders interessant, weil eigentlich nur Steuerfragen zur Erledigung standen. Die leichtsinnige Schuldenwirtschaft im Reiche hat neben dem Königreich Sachsen, namentlich die thüringischen Kleinstaaten in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Zur Deckung des vorhandenen Deficits im Reiche muß das Herzogtum Sachsen-Altenburg 173 000 M. beitragen, außerdem mußte man in den Jahren 1901 und 1902 nicht weniger als 300 000 M. mehr an das Reich abführen, als in den vorhergehenden Jahren. In einem Staatsweien, dessen Etat rund 4 Millionen Mark beträgt, machen sich solche Summen überaus fühlbar und eine Deckung konnte nur durch neue Steuern erzielt werden. In diesem Zwecke hat der Landtag ein Gesetz angenommen, das eine Neueinschätzung der Gebäude vorseht, weil deren Ertrag erheblich gestiegen sei. Ausgenommen von dieser Neueinschätzung bleiben die dem landwirtschaftlichen Betriebe dienenden Gebäude, die völlig steuerfrei bleiben, ferner werden von diesem Gesetz nicht berührt Felder, Wald und Wiesen. Die neue erhöhte Steuer wird somit ausschließlich von den Städten getragen und die Hausagrarier werden sich natürlich damit schadlos halten, daß sie die Mieten erhöhen.

Weiter wurde eine Ergänzungsteuer eingeführt. Diese zerfällt in eine Kapitalsteuer und in eine Gewerbesteuer. Letztere wird aber nicht bemessen nach dem Ertrag des Gewerbes, sondern nach dem in dem industriellen oder Handelsbetriebe stehenden Kapital. Zu versteuern sind künftig die auf Lager befindlichen Waren, die Rohstoffe, auch solche, die sich in der Verarbeitung befinden, das zum Betrieb nötige Geld, Wechsel, Ausleihstände, die zum Betrieb nötigen Tiere und das Futter für diese Tiere, Dampfessel, Kraftmaschinen, Förderanlagen in den Bergwerken und so weiter. Dagegen bleiben von dieser Steuer befreit alle landwirtschaftlichen Betriebe inkl. der Brauereien, Brennereien, jedoch mit Ausnahme der Kunst- und Handelsgärtnererei! Das Gesetz hat im ganzen Lande stürmischen Protest hervorgerufen, wurde aber trotzdem im Pleum in wenigen Stunden durchgedrückt. Die Annahme war nur möglich dadurch, daß die Agrarier in unrem Landtag die Majorität haben. Durch ein wunderbares Wahlgeseß ist es den Agrariern, die 40 Proz. der Einkommensteuer leisten, ermöglicht, 18 Abgeordnete zu stellen, während die Städte, die fast 60 Proz. aufbringen, nur 12 Abgeordnete haben.

Als eine Obstruktion angeregt wurde, erklärte ein Vertreter der Regierung, Obstruktion sei bei uns verboten, wer solche treiben würde, der könne nach dem Wahl-gesetz vom Landtag seines Mandates verlustig erklärt werden und verliere auf die Dauer von 2-10 Jahren das Wahlrecht! Thätlich steht ein ähnlicher Pöbel im Wahlgeseß, der sich aber unzulässig in der Weise anwenden läßt. Das Herzogtum Altenburg ist ein nach agrarischen Grundgesetzen regiertes Land, die Vorgänge bei uns zeigen, wohin es führen würde, wenn die Agrarier im Reiche zu ausschlaggebendem Einfluß gelangen würden.

Zwei Urteile. Milde Richter fand, wie wir dem „Volkfreund“ in Karlsruhe entnehmen, der Student Kolschorn, der wegen fabriklässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes angeklagt war und von der Strafkammer zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt wurde. Dieser Mäusenoh hatte nach einem Fäschungsball in Durlach einen Gepätkarren auf das Bahngleise geschoben und es war nur dem raschen Eingreifen eines Bahnarbeiters zu danken, daß der eine Minute nach der Beilegung des Karrens einfallende Orientierungszug 18 vor Unfall bewahrt wurde. Es waren also eigentlich die Voraussetzungen des § 318 des St.-G.-B. gegeben, in dem Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre für die fabriklässige Gefährdung eines Eisenbahntransportes angedroht wird. Es ist ja anzunehmen, daß die That unter dem Einfluße alkoholischer Gemische verübt wurde, es hat im Augenblicke der That dem Studenten das Bewußtsein wohl gefehlt, daß er Eigentum und

Leben anderer aufs schwerste gefährdete. Dieser Zustand mag für den Angeklagten bis zu einem gewissen Grade mildend wirken. Aber, so müssen wir fragen, kann wirklich ein Angehöriger der gebildeten Stände in dem Maße Anspruch auf mildernde Umstände machen, wie das Gericht sie ihm zubilligte. So ganz sinnlos betrunken kann der Student Kolschorn nicht gewesen sein, denn einen vier Centner schweren vierrädigen Karren von der Plattform der Eilguthalle auf das Gleise zu verdrängen, setzt immer noch eine gewisse Willenskraft voraus, die einem sinnlos Betrunkenen nicht innewohnt. Auch soll Kolschorn den Bahnarbeiter noch beschimpft haben. Man wird im Volke dies milde Urteil nicht verstehen und Vergleiche mit andren Urteilen anstellen.

Ein solcher Vergleich liegt aber um so näher, wenn man weiß, daß in der gleichen Strafkammer-Sitzung ein Tagelöhner, weil er auf etlichen Frachtbriefen die Ziffern über die Frachtgebühr geändert und seinen Auftraggeber um eine Mark geschädigt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Graf Hoensbroech. Vom Grafen Hoensbroech erhalten wir folgende weitere Zuschrift:

„Sehr geehrte Redaktion!
Als ich in meiner Zuschrift an Sie gegen die von Ihnen mir zugeschriebene Zugehörigkeit zum „protestantischen Audentum“ Einspruch erhob und zugleich erklärte, daß ich in der Socialdemokratie nicht das Schredgespenst erblicke, als welches man sie gewöhnlich hinstelle, sondern eine berechtigte Bewegung, gerichtet auf die Befreiung unserer socialen Mißstände, da war ich mir wohl bewußt, daß ich früher über die Socialdemokratie anders gedacht hatte. Um aber meine Zuschrift nicht zu lang zu machen, und weil ich wußte, daß die mir „befremdete“ Presse auf diesen Widerspruch aufmerksam machen würde, unterließ ich es, auf frühere Äußerungen einzugehen. Die ultramontane Presse hat mir nun den erwarteten Dienst erwiesen; sie macht mit großem Geschrei auf diese Äußerungen („Kreuz-Zeitung“ vom 29. Dezember 1894 und „Zukunft“ vom 18. Oktober 1894), die acht Jahre zurückliegen, aufmerksam. Ich freue mich, diese beiden Auslassungen als un-reife und völlig unrichtige Jugendarbeiten öffentlich verleugnen zu können. Ich nenne sie Jugendarbeiten; denn obwohl ich, als ich sie schrieb, 42 Jahre alt war, sind es doch recht eigentlich Jugendarbeiten, geschrieben mit der Unkenntnis und dem Unverständnis über die tatsächlichen Verhältnisse, die der Jugend eignen. Erst etwas über ein Jahr war ich damals, im Jahre 1894, aus der Abgeschlossenheit des Jesuitenordens herausgetreten. Meine Kenntnis, die ich damals von der Socialdemokratie hatte, war eine von der jesuitisch-ultramontanen Erziehung, der ich bis zum 42. Jahr unterstanden hatte, wesentlich beeinflusste. Dies alles mit einem Schlage abzustreifen, ist unmöglich. Erst allmählich, als ich lernte mit eigenen Augen und nicht durch die Brille einer lebenslangen Erziehung und Gewöhnung Dinge und Verhältnisse zu betrachten, lernte ich auch die vielfach verbreitete thörichte Furcht vor der Socialdemokratie richtig einzuschätzen, und dieser richtigen Einschätzung habe ich seither (schon wiederholt öffentlich) Ausdruck gegeben (z. B. mein Werk: „Der Ultramontanismus“, S. 243 ff.). Ich will aber auch von Ihnen nicht mißverstanden sein. Ein Socialdemokrat bin ich nicht. Mein socialer Standpunkt ist kurz der: geistig und materielle Befreiung der arbeitenden Klassen; Anerkennung und Förderung der Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist; Ueberzeugung, daß der geistig und materiell gehobene Arbeiterstand ein wesentlicher Kulturfaktor ist, geeignet, das Glück nicht nur des eignen, sondern auch der übrigen Völker nach Möglichkeit sicher zu stellen.“

Ich bedauere aufrichtig, Sie mit meiner Person so lange beschäftigt zu müssen; aber da nun einmal mein Wort in vielen Kreisen etwas gilt, so ist es mein berechtigter Wunsch, richtig verstanden zu werden. Noch nie habe ich mit meiner Ueberzeugung ängstlich zurück gehalten, und gerade meine Auffassungen über die von mir als berechtigt bezeichneten Forderungen der Socialdemokratie habe ich in ziemlich der gleichen Weise, wie ich sie eben formuliert habe, auch dem Kaiser gegenüber ausgesprochen.

Wird die mir „freundlich“ gestimmte Presse ehrlich genug sein, diese meine Richtigestellung ihren Lesern mitzutheilen?

In vorzüglicher Hochachtung
ergeben
Graf von Hoensbroech.

Wir glauben dem Grafen v. Hoensbroech den Wunsch nicht ver-sagen zu sollen, auch diese Bekennnisse der Offenlichkeit zu über-mitteln. Für die geistige Entwicklung des ehemaligen Jesuiten ist es jedenfalls von Vorteil gewesen, daß er sich von jenen unfä-higen Anschauungen losgelöst hat, er die in dem erwähnten 1894er Artikel der „Kreuz-Zeitung“ zum Ausdruck gebracht hat. Es war allerdings für ihn ein tragisches Mißgeschick, daß er aus der Jesuitenhaft unmittelbar in die „Kreuz-Zeitung“ fiel, aus einem Obskurantismus in den andern. In dem „Kreuz-Zeitung“-Artikel schlug der Graf nichts Geringeres vor, als daß die socialdemokratischen Volksvertreter aus dem deutschen Reichstage hinausgeworfen werden müßten, weil damals Liebnecht beim Kaiserhof sitzen geblieben war. Wenn seine ehemaligen Freunde ihn wegen dieser Wandlung schmähen, so ist das nur ehrenvoll für ihn.

Wenn übrigens die bürgerliche Presse auf Grund seines ersten Briefes den Grafen Hoensbroech als Socialdemokraten angesprochen hat, so haben wir zu diesem Mißverständnis keinerlei Anlaß gegeben.

Ausland.

Zur Affaire Humbert-Crawford.
Paris, 19. Mai. (Eig. Ber.) Die weitwichtige Erbschaftsgamerei bildet eine stehende Rubrik der Zeitungen, die mehr Spalten ansfüllt, als die Katastrophe auf Martinique und vom großen Publikum mit ungleich größerer Spannung verfolgt wird, als die durch die Neuwahlen geschaffene politische Situation oder gar erst Lombets Reise nach Petersburg.

Es hat sich auch bereits ein Parlamentarier gefunden, um die allernueste „Affaire“ in der Kammer zur Sprache zu bringen. Abg. Miran wird die Regierung über zwei Punkte interpellieren: 1. Warum wurde die Gammereifamilie nicht rechtzeitig verhaftet? 2. Wie kam es, daß die gannereische „Leibrenten-Anstalt“ der Humbert selbst unter Verletzung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen funktionieren konnte, ohne durch die Behörden im mindesten gestört zu werden?

Auf denselben Punkt, speciell auf die erforderliche Reform des Gerichtswesens, dringt in einem bemerkenswerten Brief an den „Matin“ der Berichtsvorsitzende von Chateau-Thierry, Magnaud, der „gute Richter“ Frankreichs, der sich durch seine humanen Urteile und deren antikapitalistische Motivierung in den socialistischen und demokratischen Kreisen einen schönen Ruf erworben hat.

Er schreibt: „... Wenn ein Richterstand so weit gekommen ist, um sich 15 Jahre lang durch juristische Spitzfindigkeiten foppen zu lassen, ohne daran zu denken, sich vor allem von der Gerechtigkeit der streitenden Parteien zu vergewissern, ebenso wenig wie von der Realität der Akten und der Geldsummen, die

Die Grundlage eines so bedeutenden Interessenstreits bilden; wenn dieser Richterstand mit verschlossenen Augen sich auf eine Reihe Helfersthürer verläßt, die zumind mit einem selbstamen und — besonders angeht ihres Rufes — absolut unentbehrlichen Leichtsinn, dann geschickten Prozedurmanövern und der Autorität ihres Wortes, gerichtliche Verschleppungsentscheide erlangen, die das Gericht zum moralischen Mitschuldigen der umfangendsten und leistungsmäßigsten machen, — so darf man sich sagen, daß der Richterstand seine eigene Abdankung unterzeichnet hat. — Die Institution, wie sie besteht, und die Geschlechter, auf die sie sich stützt, um bewußtlos diese Art Rechtsprechung zu Gunsten von Hochstaplern aller Sorten zu leisten, sie sind dem Verfall geweiht. — Sodann verweist Magnaud auf die unbeachtet gebliebenen Warnungen, die seit Jahren von „gewissenhafter und einsichtiger“ Seite an den Richterstand ergangen waren, was dessen Schuld noch vergrößere. — Die öffentliche Meinung wird insbesondere darüber stimmen, daß derselbe Richterstand mit gleichsam mechanischer Behendigkeit und Schnelligkeit, ohne jede Verzögerung und mitunter in einer einzigen Minute, einen armen Teufel, der mittellos auf der Landstraße aufgefunden oder beim Betteln um ein Stück Brot ertwischt wurde, mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft, während große Hochstapler, die im Stande sind, dank ihrer Gaunereien den Reichthum der im Neben und Prozeßieren zu erlangen, beim Gericht eine fünfzehnjährige Verschleppung haben erzielen können. Aus alledem geht zur Evidenz hervor, daß die Reform und die Vereinfachung des verrotteten Räderwerkes unserer sozialen Organisation, welches der Richterstand ist, sowie die Reform der Geschlechter, die dessen Arsenal bilden, in jeder Beziehung dringend sind. —

Magnaud schließt mit einem Appell an das Parlament. Werden aber die Gesetzgeber aus der neuesten „Affaire“ wirksamere reformerische Konsequenzen ziehen als aus den früheren „Affaires“? Werdens hier noch z. B. an den „dringlichen“ Gesetzentwurf von 1895, betreffend die Unentbehrlichkeit von Parlamentarismosmandaten mit feldbezählten Posten in den Verwaltungen von Finanzgesellschaften? ... Die „Verrottung“ beschränkt sich eben nicht auf das richterliche Räderwerk der Bourgeoisrepublik. —

Schweiz.

Klassenjustiz in der Schweiz. In Basel spielte sich am 4. Tagen vor dem Strafgericht ein Prozeß ab, der in Basel und darüber hinaus in der ganzen Schweiz das größte Aufsehen erregte. Der am 28. August 1901 in der Reichshauptstadt Basel erfolgte Einsturz eines 4 Stock hohen Hotel-Neubaus. Der nach dem neuen Baustytem Gemebau-Paris (Belonien-Konstruktion) erbaut worden war und unter dessen Trümmern 7 Banarbeiter todt und 6 andre mehr oder weniger schwer verletzt hervorgezogen wurden. Der eingestürzte Neubau war ein Spekulationsbau der Basler Baugesellschaft vorm. Linder. Die Staatsanwaltschaft erhob Klage wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung und zwar gegen den Direktor der Basler Baugesellschaft Rudolf Linder, gegen den Ingenieur Jendunmiz, gegen den Bauführer Bernli und den Bautechniker Wendler, die sich aber alle unschuldig erklärten, indem der eine die Schuld auf den andern schob. Die Einvernahme der Angeklagten wie der verletzten Banarbeiter, der weiteren Zeugen und der Experten ergab ein echtes Bild kapitalistischer Wirtschaft, die aus bloßer Profitgier in freier Weise mit Menschenleben spielt. Der Staatsanwalt führte in seiner Anklagerede zutreffend das Motiv Linders bei seinem verbrecherischen Vorgehen auf die Sucht nach großem Gewinn zurück und beantragte gegen ihn 4 Monate Gefängnis, gegen die übrigen, die nur Angestellte waren, geringere Strafen. Das Gericht verurtheilte nur den Linder unter Zurückweisung des Vorwurfs der Gewinnsucht zu 4 Wochen Gefängnis, den Jendunmiz zu 100 Fr. Geldstrafe, während es die beiden andern Angeklagten freisprach. Die Hinterbliebenen und Geschädigten verlangen noch 95 000 Fr. Entschädigung, 89 000 Fr. haben sie bereits erhalten.

Jülich, 19. Mai. (Eig. Ber.) In Genf ist der Regierungspräsident und Nationalrat Favon, der jahrelange einflussreiche und mächtige Führer der dortigen Radikalen, im Alter von 59 Jahren gestorben. Der Regierung gehörte er erst seit 1899 an, aber er übte bis dahin einen großen Einfluß auf das öffentliche Leben in Stadt und Kanton Genf als Chefredakteur des „Genevois“ aus. Er verkaufte den Journalisten mit dem Minister, wie das in der Schweiz so oft vorkommt, allein er behielt auch seinen Einfluß auf den „Genevois“ bei, den er wohl bis in die letzten Tage seines Lebens inspirierte. Der Arbeiterbewegung brachte er ein gewisses Verständnis entgegen, von ihren grundsätzlichen Bestrebungen wollte er aber nichts wissen.

Frankreich.

Der „Petit Sou“, das Tagesorgan der Blanquisten und Guebedisten, hat mit dem 16. Mai sein Erscheinen eingestellt. Die letzte Nummer trägt die Ziffer 612. Schon seit längerer Zeit befand sich das Blatt in einer bedenklichen finanziellen Lage. Mit knapper Not gelang es, sein Verschwinden bis nach den Wahlen hinauszuschieben. Das Blatt wurde bekanntlich gegründet mit Hilfe des reichen Alfred Edwards. Aber das gespendete Kapital — an die 700 000 Franc, wie es heißt — hat nicht genügt, um die Zeitung durch Gewinnung eines weiten Leserkreises auf eigene Fäße zu stellen. Was das Eingehen ihres täglichen Kampforgans für die „Revolutionär-Socialistische Einigkeit“ bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Möge es unseren Genossen bald gelingen, Ersatz für den Verlust zu schaffen. —

Italien.

Die Camorra in Neapel. Mit der Wählung der Korruption in der Stadtverwaltung zu Neapel, über die seiner Zeit ausführlich berichtet wurde, war die Reinigungsarbeit durchaus noch nicht beendet. Nachdem der Senator Sorebo seine schwere und einflussreiche unbelakate Aufgabe im Stadthaus von Neapel gelöst und in einem beinahe 2000 Seiten umfassenden Bericht nachgewiesen, welche ein ungeheurer Schmutz in der neapolitanischen Stadtverwaltung aufgeschüttet, wurde ihm aufgegeben, die gleiche Untersuchung in der Provinzialverwaltung zu führen. Diese Arbeit liegt nun ebenfalls vor; auf 850 Seiten giebt Sorebo eine Geschichte der Korruption, der Bestechlichkeit, der Verfalligkeiten und Unterschlagungen der Provinzialverwaltung von Neapel wieder, wie sie schlimmer wohl kaum gedacht werden kann. Von den 80 Provinzialräten gehen, wie die „Propaganda“, das sozialistische Organ von Neapel mitteilt, kaum 10 als rein aus der Untersuchung hervor. Die andern 70 sind alle, der eine mehr, der andre weniger belastet und werden unter Anklage gestellt werden müssen. Ueber die Einzelheiten der Untersuchungen werden wir noch berichten. —

Schweden.

Ausförrungen wegen des Wahlrechtsstreites. Aus Stockholm erhalten wir folgende telegraphische Nachricht: Der Wahlrechtskampf in Schweden hat vereinzelt Unternehmern zu Repräsentation-Berufen veranlaßt. Besonders hat sich in dieser Beziehung die große Stockholmer Fabrik Separato hervorgethan, die tausend Arbeiter auf das Straßenspazier geworfen hat und den Austritt der Arbeiter aus den Gewerkschaften fordert. Da man auch deutsche Arbeiter zu Streikbrecherdiensten anzuwerben sucht, bitten wir um sofortige und dringende Warnung durch die deutsche Arbeiterpresse. Wir ersuchen, für Fernhaltung jeglichen Zugangs nach Schweden Sorge zu tragen zu wollen. Das ausführende Komitee. Kranting, Lindgrist, Wirtmann.

Rußland.

Zweihund-Tosste. Präsident Doubet will augenblicklich bekanntlich in Rußland, wo er Wandern betreibt und Festivitäten über sich ergehen läßt, kurz, die gleiche Rolle spielen, die Nikolaus II. in Frankreich gespielt hat, nur daß die Jarenreise mit einem großartigen Pumpversuch verbunden war, während Doubets Besuch ausschließlich repräsentativer Art ist. Natürlich fehlt es bei den Pumpversuchen auch nicht an Tossten. Zwei Tosste sind am Dienstag bereits ausgebracht worden, sie galten selbstverständlich dem Zweihund. Der Jor tosstele „auf die Größe und das Wohlergehen des schönen, befreundeten und verbündeten Landes“. Doubet, dessen Toast rebeller und pathetischer als der des Jaren war, trank „auf die Wohlfahrt und die Größe Rußlands, des wahren Freundes und treuen Verbündeten Frankreichs“. Selbst in Frankreich ist man der Ansicht, daß der französische Präsident es besser dem Jaren überlassen hätte, dem russischen „Freund“ und „Verbündeten“ derartige Attribute zu verleihen. —

Asien.

Die chinesischen Zahlungsschwierigkeiten. Die Befanden beschlossen, die auf die Entschädigungssumme eingegangenen Teilzahlungen vorläufig zu verteilen. Sie beschlossen ferner, den Bankiersauschuß aufzufordern, dem Taotai von Shanghai mitzutheilen, daß seine Ansicht, die Entschädigungssumme sei in Silber zahlbar, unhaltbar sei. Der Generalinspektor der Pölle, Sir Robert Hart, trat dieser Ansicht bei. Die Bankiers ersuchten vor kurzem den Taotai, sie davon zu benachrichtigen, welchen Fortschritt die Einziehung der Entschädigungssumme mache. —

Amerika.

Der Socialismus in Kanada macht, wie aus dem Parteiorgan „Citizen and Country“ ersichtlich ist, in letzter Zeit erhebliche Fortschritte, namentlich in der Provinz Ontario. Das obenbenannte Organ hat eine Auflage von 10 000; an den nächsten Parlamentswahlen werden sich die Socialdemokraten beteiligen. In einer Reihe von Wahlkreisen sind Kandidaten bereits aufgestellt. Im Kreise West-Elgin ist der Genosse Wilkie als Kandidat proklamiert worden. Derselbe ist Bürger der Vereinigten Staaten, mußte diese mit seiner Zeitung verlassen, weil der Generalpostmeister der Vereinigten Staaten ihn durch Anfertigung der höheren Zeitungstage (die sonst nur für die großen Weltblätter bezw. Annoncenblätter üblich ist) ruiniert haben würde. Durch seine Einstellung wollen die kanadischen Socialisten ihre internationale Denkungsweise zum Ausdruck bringen. —

Die „Unabhängigkeit“-Erklärung Kubas ist am Dienstag erfolgt. Der Präsident der Republik Kuba Palma unterzeichnete das erste Dokument in seiner Eigenschaft als Präsident. Nachdem ihm der bisherige amerikanische Gouverneur Wood aus diesem Anlaß seine Glückwünsche ausgesprochen hatte, holte letzterer unter Salub die amerikanische Fahne nieder und hißte mit eigener Hand die kubanische Fahne zum Zeichen, daß die Vereinigten Staaten Kuba freigemacht hätten. General Gomez wohnte der Feier bei. Gouverneur Wood ging unmittelbar nach der Hissung der kubanischen Fahne mit seinem Stabe und mit den amerikanischen Truppen an Bord der Schiffe, die dann sofort den Hafen verließen.

Kubas „Unabhängigkeit“ ist nichts weniger als eine effektive. Nicht nur, daß es auf eigene Faust keine auswärtige Politik treiben darf; es darf nicht einmal sozial Truppen unterhalten, als ihm zur Wahrung seiner Unabhängigkeit gut dünkt, sondern nur soviel, als zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung erforderlich sind, d. h. als ihm Amerika erlaubt. Wohl aber bleiben auch künftig noch 600 Mann amerikanischer Truppen auf Kuba zurück. Auch in der Jollpolitik ist Kuba von den Vereinigten Staaten völlig abhängig. Amerika wird es schließlich wohl auch soweit bringen, daß Kuba auf seine formelle Unabhängigkeit gern verzichtet. —

Der Boeren-Krieg.

Der Friedensschluß zweifelhaft.

Dem Reuterschen Bureau“ wird aus Pretoria von heute gemeldet: Verschiedene Mitteilungen, deren Richtigkeit nicht gewährleistet werden kann, die aber in vielen Kreisen beständig werden, besagen, daß die Hauptgegner der Annahme der im April in Pretoria zur Verhandlung gekommenen Friedensbedingungen sind: Präsident Steijn und Bessels, der im Nordosten des Orange-Freistaats kommandiert, Müller, der in der Nähe von Widdelburg steht, sowie Celliers, der Befehlshaber im westlichen Transvaal. Kommandant Deryog soll sich gleichfalls ablehnend verhalten. De Wet, der zuletzt zur Besprechung kam und in etwas grimmiger Stimmung war, scheint jetzt friedfertiger zu sein. Die der Einstellung der Feindseligkeiten abgelegten Elemente sind zweifellos stark, so stark, daß sie einen Friedensschluß zu den bereits besprochenen Bedingungen sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Um alles kurz zusammenzufassen: Es heißt, daß die Mehrheit der Transvaal-Boeren einschließlich der Mitglieder der Regierung dem Frieden günstig sind, während die zahlreichen Freikaat-Boeren mit wenigen einflussreichen Ausnahmen die Unabhängigkeit als Grundlage für die Friedensbedingungen wünschen.

Partei-Nachrichten.

Die letzten Gemeindevertreter-Wahlen in Slamen (Epremburg) wurden vom Gemeinderate einstimmig für ungültig erklärt. Die Wählerlisten hatten nicht rechtzeitig ausgelegt und außerdem hatte der ernannte Gemeindevorsteher noch kurz vor der Wahl Änderungen in den Listen vorgenommen; wohl 14 unserer Genossen kamen dadurch von der ersten in die zweite Wählerklasse, was zur Folge hatte, daß der socialdemokratische Kandidat in der ersten Klasse mit einigen Stimmen unterlag. In der dritten und zweiten Klasse waren die socialdemokratischen Kandidaten einstimmig gewählt. Der gewählte Gemeindevorstand, dem als Zimmermann von der Aufsichtsbeförderung die nötige Befähigung nicht zuerkannt und deshalb die Bestätigung verweigert wurde, hätte solche Sachen sicher nicht gemacht.

Zu den Ausnahmeständen in Elsas-Lothringen nahm der Arbeiter-Wahlverein in Wärlhaufen i. E. in seiner letzten Versammlung Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen:

- a) für die vollständige Einführung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 in Elsas-Lothringen (Aufhebung des Ausnahmestandes über die Presse für Elsas-Lothringen vom 8. August 1899);
 - b) für die allgemeine gleiche geheime und direkte Wahl des elsas-lothringischen Landesauschusses durch das Volk.
- Da die Frage der erneuten Einbringung des Antrages auf Erlass eines Reichs-Gesetzes erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergab, wurde von einer Stellungnahme zu dem Punkt für den Augenblick abgesehen.
- Städtische Versammlungslotale.** Im Gemeinderat in Straßburg i. E. haben unsere beiden Vertreter beantragt: „Der Gemeinderat beschließt: Die städtischen Lotalen werden, soweit sie hierzu geeignet sind, zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen politischen und konfessionellen Charakters mit Distinktion freigegeben. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, zu jeder Zeit eventuellen Gesuchen stattzugeben.“ Unser Straßburger Parteiblatt bemerkt dazu, daß wohl auf Zustimmung zu diesem Antrage zu rechnen sei, da dieser Zustand schon in verschiedenen städtischen Gemeinden, wie Mey, Colmar, Schiltigheim, Reutenheim besteht.

Politik, Gerichtliches u. s. w.

Vor der Kunst beschützt.

Im März ds. J. hatte das Gewerkschaftsblatt in Grünberg in Schlesien die dort gastierende Theatergesellschaft zu einer Volksvorstellung engagiert und zwar sollte Sudermanns „Ehre“ gespielt werden. Einige Tage nachdem die Sache publiziert war, kam die Frau des Theaterdirektors zu dem Vorstehenden, Genossen Stolpe, und sagte, sie hätte eine Anzahl anonhmer Briefe bekommen, auf Grund deren sie von der Vorstellung absehen müsse. Auch der Landrat hätte solche erhalten und dieser habe ihr beziehungsweise ihrem Mann davon in freundschaftlicher Weise Mitteilung gemacht. Die Frage ihres Genossen, ob der Landrat ihnen verboten hätte, das Stück zu spielen, verneinte sie. Genosse Stolpe ging dann zum Bürgermeister und fragte denselben, ob er etwas gegen die Aufführung der „Ehre“ habe. Er verneinte dies. Gleich nachher erhielt Stolpe einen Brief des Theaterdirektors, in welchem er endgültig die Vorstellung abgabte. In einer später stattfindenden Versammlung kritisierte Genosse Stolpe die anonhmen Briefschreiber in scharfer Weise. Damit sollte der Landrat beleidigt worden sein. Tags darauf wurde Stolpe zum Bürgermeister bestellt und soll dort diesen sowie auch den Landrat in ähnlicher Weise beleidigt haben. Aus der Verhandlung resultierten folgende Thatsachen: 1. Der Landrat hatte den Theaterdirektor mittels eines Schreibens, das insofern einen amtlichen Charakter trug, als es auf einen amtlichen Briefbogen geschrieben war, zu sich bestellt und ihm vorgelegt, daß er ohne Zweifel sich durch diese Vorstellung wirtschaftliche Nachteile zuziehen werde. Er räte ihm dringend, das Abkommen mit dem Gewerkschaftsblatt zu lösen. 2. Der vom Theaterdirektor geschriebene, in allgemeinen Redensarten gehaltene Absagebrief hatte, ehe er abgeschickt wurde, die Censur des Bürgermeisters passiert. Aus dem Briefe ging vor allen Dingen nicht hervor, daß der Schreiber desselben von irgend einer Seite beeinflusst worden sei. Trotzdem Genosse Stolpe mit seinen Äußerungen nur die anonhmen Briefschreiber treffen konnte und wollte, gewann das Gericht die Ueberzeugung, daß er nur den Landrat gemeint haben könnte. Unter Verjagung des Schutzes des § 193, den Genosse Stolpe für sich reklamirte, erkannte das Gericht auf drei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte die Kleinigkeit von neun Monaten Gefängnis beantragt.

Wenn die Arbeiter auf solche Weise vor harmlosen Kunstgenüssen geschützt werden, dann werden sie eben ihre Zeit auf Agitationsarbeit verwenden müssen; vielleicht erscheint das dem Landrat weniger gefährlich.

— **Ein Kaiser-Prozeß** steht auch in Solingen bedor. Eine Anzahl Parteigenossen haben dort unter der Beschuldigung, am 1. Mai einen nicht genehmigten Muzug veranstaltet zu haben, Strafmandate über 5 bis 15 Mark bekommen. Sie wollen gerichtliche Entschädigung beantragen.

Aus Industrie und Handel.

Spiritus-Erzeugung und Verbrauch. Nach der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ betrug die Produktion von Spiritus und der Trinkverbrauch während der sieben Monate vom 1. Oktober bis Ende April innerhalb des Deutschen Reiches:

	Produktion	Trinkverbrauch
	Hektoliter	Hektoliter
1901/02	3 566 997	1 435 207
1900/01	3 362 017	1 467 266
1899/1900	3 054 175	1 436 585
1898/99	3 162 232	1 474 396
1897/98	2 715 303	1 408 299

Die Erzeugung der ersten sieben Monate des Betriebsjahres war dennoch die höchste bis dahin beobachtete; die zweit höchste fällt in das Betriebsjahr 1900/01 und ist um 204 896 Hektoliter geringer.

Der Trinkverbrauch im April des Jahres hat gegenüber dem Vorjahre um eine Kleinigkeit zugenommen.

Deutschlands Kohlenproduktion vom Januar bis April 1902. Nach amtlicher Berechnung betrug in dem Zeitraum vom 1. Januar bis Ende April die Förderung in den deutschen Kohlenrevieren an:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Briquets und Raupfesteinen
	1902	1901	1901
	33 831 225 To.	13 344 906 To.	2 708 890 To.
	35 694 072	14 393 449	2 893 243

An Coals wurden in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres produziert 2 828 700 Tonnen gegen 3 268 313 im Vorjahre.

Die Kohlenförderung hat also in den Monaten Januar/April im Vergleich zum Vorjahre beträchtlich abgenommen. Dennoch hat es die seltsame Preispolitik des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats fertig bekommen, daß die Einfuhr fremder Steinkohlen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um über 60 000 Tonnen gestiegen ist; sie stellte sich nämlich im Vorjahre von Januar bis Mai auf 1 604 880 Tonnen, in diesen Jahre auf 1 664 971 Tonnen. Der größte Anteil hieran entfällt auf England, das trotz seiner Kohlenausfuhrzölle im laufenden Jahre 1 314 162 Tonnen Steinkohlen in Deutschland einzuführen vermochte, in den vier ersten Monaten des vorigen Jahres hingegen nur 1 270 799 Tonnen. Allerdings hat auch die deutsche Steinkohlenaufuhr um ein Geringes zugenommen; sie ist von 4 713 769 auf 4 731 892 Tonnen gestiegen. Aber dieses relativ günstige Resultat ist zum großen Teil den Antrieben in Belgien und dem dort ausgedrohenen, wenn auch bald wieder beendeten Generalstreik zu danken, der zu einem außerordentlich starken Export deutscher Kohlen nach Belgien Veranlassung gab.

Zur Lage im Ruhrkohlenrevier. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu berichten weiß, hat sich der Abfall des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats derartig gehoben, daß z. B. bei einer verschlossenen Förderbeschränkung von 24 Proz. und bei einer wirklichen Einschränkung von 22,35 Proz. im vorigen Monat die Rechen der Zeitschriftengruppe ihre Förderungen bisher im laufenden Monat nur um durchschnittlich ungefähr 15 Proz. einschränken brauchten. Noch besser lägen die Abfall- und Förderungsverhältnisse zur Zeit bei den Gas- und Gasflammenkohlen - Rechen, schlechter insofern fortwährend bei der Magerkohlen-Gruppe.

Mit der Thatsache, daß in den letzten Wochen wiederholt Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen stattgefunden haben, stimmt diese rothe Meldung des Rechenblattes schlecht überein. Sollte nicht vielleicht die optimistische Auffassung seiner Gewerksmänner durch das Bestreben des Kohlenyndikats beeinflusst sein, die außerhalb des Syndikatsverbandes stehenden Rechen zu sich herüberzuladen?

Zaatenstand in Oestreich. In Oestreich hat sich in den letzten Wochen der Stand der Getreidezaaten wie auch der Obstbäume wesentlich verschlechtert. Der bis Mitte Mai reichende Bericht des Ackerbauministeriums konstatiert die schädliche Einwirkung der Witterung, insbesondere des Frohes in Mähren, Steiermark und Krain. Die Winterzaaten haben sich gegen den Vormonat verschlechtert, namentlich Roggen in Mähren, Schiefen, Ostgalizien und teilweise in Böhmen. Sommerzaaten blieben infolge des Radifrohes in der Entwicklung zurück, namentlich Gerste in Galizien. Weizen ist zurückgegangen, Mais, Kartoffelanbau und Zuderrüben sind durch Kälte und Kälte schwer geschädigt; der Mäbenbau ist vielfach eingeschränkt, der Hopfen ist im Wachstum zurückgeblieben. Die Obstbäume litten stark durch Frost, namentlich in den Sudetenländern.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Meißner-Fliesenleger Deutschlands tagte am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus. Dieselbe war einberufen von Ortsverein Berlin und von Vertretern aus Berlin, Leipzig, Dresden, Dortmund und Nürnberg besetzt. Hamburg, Köln, Düsseldorf und Hannover hatten zwar ebenfalls Delegierte angemeldet, doch waren dieselben nicht erschienen. Zweck der Konferenz war: den

Zusammenschluß der bislang ohne Fühlung miteinander bestehenden Ortsvereine dieser Branche anzubahnen.

Aus den Berichten der Delegierten geht hervor, daß die Pfleienleger allerorts zu den besser bezahlten Arbeitern gehören, die entsprechend ihrer geringen Zahl, auch nur in kleinen Einzelvereinen organisiert sind. Der Dortmunder Verein führt noch den Namen Vergütungs-Klub der Pfleienleger, ist aber dem Gewerkschaftscharakter angehörend. Da die Branche der Pfleienleger teils aus Maurern, teils aus Tischlern hervorgegangen ist, so sei man anfänglich im Zweifel gewesen, ob man sich den großen Organisationen der letzteren anschließen solle oder nicht; aus verschiedenen Gründen habe man sich jedoch für die bestehenden selbständigen Ortsvereine erklärt. Nur der Rührberger Delegierte Wolf berichtet, daß sich die dortigen Pfleienleger als Sektion dem Centralverband der Maurer angeschlossen hätten, welcher Organisation sie auch wohl fernerkünftig treu bleiben würden.

Das Ergebnis der Konferenz war ein Beschluß, welcher besagt, daß sich die Pfleienleger-Organisation der Geschäftsmission der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (Vertrauensmänner-Centralisation) anschließen und den gemeinsamen Namen führen: „Vereinigung der Pfleienleger Deutschlands“. Die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten liegt dem Vertrauensmann ob, an den jeder Ortsverein 10 Prozent seiner Einnahmen abzuführen hat. Als Kontrollkommission sieht dem Vertrauensmann ein aus drei Personen bestehender Ausschuss zur Seite.

Der Rührberger Delegierte enthielt sich der Abstimmung, weil seine Kollegen eine Sektion des Centralverbandes der Maurer bilden und es sehr zweifelhaft sei, ob sie als Anhänger der modernen Centralisation dem Beschluß zustimmen würden.

Bezüglich der Agitation wurde noch bestimmt, daß der Vertrauensmann und der Ausschuss zur nächsten Konferenz einen vollständigen Organisationsplan zum weiteren Ausbau der Vereinigung auszuarbeiten und vorzulegen haben. Hierauf wurde Wegener-Verein zum Vertrauensmann und Berlin als Vorort der Vereinigung gewählt. Die Wahl des Ausschusses bleibt den Berliner Kollegen überlassen.

Berlin und Umgegend.

Stelufcher! Die Differenzen bei der Firma Jäger in Spandau sind geregelt, die Sperre ist aufgehoben. — Dagegen ist im Streit in Eberswalde, Freienwalde, Brüggen a. O. eine Aenderung bis jetzt nicht eingetreten. Am Sonnabend vor Pfingsten haben Verhandlungen zwischen der Jünger und den Vertretern der Arbeiter stattgefunden, die jedoch resultatlos verliefen, da die Jüngermeister sich zu keinerlei Konzessionen verstanden, obwohl die Arbeitervertreter sich bereit erklärten, die Forderungen um die Hälfte zu ermäßigen. Beteiligt sind 35 Mann, die alle organisiert sind. Zugun ist ferngehalten. Desgleichen vom Bau des Steinzermeisters Thiele in Lindenberger bei Berlin, da derselbe sich weigert, den Berliner Lohn-tarif anzuerkennen.

Verband der Tapezierer. Zu dem in der Nr. 114 des „Vorwärts“ wiedergegebenen Kasienbericht des Verbandes der Tapezierer ist zu berichten, daß derselbe letztmalerweise die Lokalabrechnung als Gesamtabrechnung gegeben ist, welche folgendermaßen lautet: Bestand vom 1. Quartal 3037,90 M., Einnahme im 1. Quartal 3282,05 M., in Summa 6319,95 M. Ausgabe im 1. Quartal 3923,63 M. (inkl. 1259,07 M., die an die Hauptkasse abgeführt sind). Bleibt Bestand 2396,32 M. Der Name des neugewählten zweiten Bevollmächtigten ist: Paul Hirth.

Deutsches Reich.

Die Maurer in Königsberg i. Pr. stehen in einer Lohnbewegung. Seit Jahren haben die Königsberger Maurer keine ernsthaften Schritte zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen unternommen. Infolgedessen ist der Lohn auch wesentlich geringer wie in anderen Städten mit gleicher Bedeutung. Es wurde bisher nur an eine geringe Anzahl von Gesellen ein Lohn über 45—50 Pf. pro Stunde bezahlt; die meisten Gesellen erhielten 45 Pf. und ein nicht unerheblicher Teil sogar noch einen geringeren Stundenlohn. Es werden jetzt 50 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit gefordert. Die Bauunternehmer hielten es nicht einmal für notwendig, den Gesellen eine Antwort zu geben, als ihnen die Forderung vorgelegt wurde. Die Bauinnung erklärte, daß sie nicht mit der Lohnkommission, sondern nur mit dem Gesellen-ausschuss, der so gut wie unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewählt wurde und nur aus Polieren besteht, verhandeln werde. Es finden noch Auseinandersetzungen statt. Inzwischen ist es aber bei mehreren Unternehmern, deren Bauten bis zu einem der Lohnkommission zugehörigen Stadium geblieben waren, die Arbeit eingestellt. Mehrere Unternehmer haben darauf hin bewilligt. Die Bauten anderer Unternehmer sollen dafür in diesen Tagen durch ArbeitsEinstellung zum Stillstand gebracht werden.

Rußland.

Ein Streik in Rußland. Eine der größten Streifbewegungen, die Rußland in den letzten Wochen erlebt hat, ist die auf der Wolga-fabrik im Gouvernement Wjatka, die über 2000 Arbeiter beschäftigt. Am 4. April morgens früh versammelten sich plötzlich alle Arbeiter der Fabrik und statt an die Arbeit zu gehen, zogen sie zu dem Haus des Fabrikverwalters. Die Masse nahm den Verwalter in ihre Mitte und der Jug, dem ein Arbeiter eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Einer für alle, alle für einen“, vorantrug, betrat sie sich auf den Platz vor der Fabrik zu, wo er von der ganzen Bevölkerung des Ortes empfangen wurde. Hier wurden dem Verwalter schriftlich die Forderungen des Arbeitsbittens und noch einige andre betreffend die Entlohnung vorgelesen. Der Verwalter weigerte sich, die Forderung anzunehmen, doch die Menge erklärte, er könne nicht eher freigelassen werden, bevor man nicht seine Unterschrift habe. Der Verwalter wehrte sich bis 5 Uhr nachmittags, als er aber sah, daß er anders nicht loskam, unterschrieb er. Die Streikenden verhielten sich ruhig, auf den Straßen sah man keine Betrümen. In der darauffolgenden Nacht erschien aus Sarapul der Procurator mit dem Jbratnik, die zwei der beliebtesten Kameraden unter den Arbeitern verhaften ließen. Am andern Morgen gingen nun die Arbeiter statt in die Fabrik, nach ihren Wohnungen zu fahnen. Der erste Weg war zu dem Sennowoi, als dieser jede Auskunft verweigerte, demolierte man seine Wohnung. Von hier zog die Menge zu dem Procurator, schließlich gelang es, die Verhafteten in der Wohnung des Stadtrichters aufzufinden, den die Arbeiter vertrieben und die eingekerkerten Kameraden wurden im feierlichen Zuge nach Hause gebracht. Mit welcher Sympathie die ganze Bevölkerung dem Streik gegenübersteht, beweist die Thatsache, daß obgleich diese schon einige Tage über die Vorbereitung zu dem Streik wußte, die Administration der Fabrik und die Polizei nicht das geringste geahnt haben. Beim Beginn des Streiks wurden alle Telegraphen-drähte abgeschnitten und auf allen zu der Fabrik führenden Wegen Posten aufgestellt. Ueber den Verlauf des Streiks wird berichtet, daß Militär abgezogen und der Streik unterdrückt worden ist. 35 Personen sind durchgepeitscht worden, unter ihnen auch ein Schüler der Kunstakademie in Petersburg. Entlassen sind aus der Fabrik 40 Arbeiter, acht befinden sich in Haft.

Aus Frankreich. In Grammont sind 1200 Arbeiter einer großen Drahtfabrik wegen Lohnfreizügigkeiten in den Streik eingetreten. — In Rennes streiken die Schuhmacher.

Sociales.

Die schwierige Socialpolitik.

In Heidenheim hielt jetzt der württembergische Landesverband der evangelischen Arbeitervereine seine Hauptversammlung ab. Der evangelische Arbeiterverein in Ehlingen hatte dazu unter andern beantragt, der Verband möge einwirken für die Einführung von Arbeitsämtern und örtlichen Arbeiterkammern in Industrie-Orten, für gesetzliche Verpflichtung der Ge-

meinden zur Gewährung von Mindestgehältern, Minimallohnen und Pensionen an ihre niederen Diener und Arbeiter, desgleichen für gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Vergütung von Gemeinde-Arbeiten an solche Arbeitgeber, welche die von den örtlichen Arbeiterkammern festzusetzenden Minimallohne verweigern.

Es entwickelte sich darüber eine Debatte, in deren Verlauf der als Vertreter der Regierung amtierende Ministerialdirektor Roschaf erklärte, die Forderungen gingen so weit, daß man darüber noch länger reden müßte. Daraufhin beschloß die Versammlung, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen und ihn auf die Tagesordnung der nächstjährigen Hauptversammlung zu stellen.

Der Regierung werden wohl die Forderungen auch nächstes Jahr nach der weiteren Aussprache zu weit gehen; daß die Delegierten von Arbeitervereinen sich über die Berechtigung dieser Forderungen noch nicht klar sind, beweist nur, wie rückständig diese evangelischen Arbeitervereine im allgemeinen sind und wie wenig sie zur Vertretung der Arbeiterinteressen geeignet sind. Die Ausnahme, die der Ehlinger Verein zu bilden scheint, bestätigt nur die Regel. Vielleicht kommt der Ehlinger Verein auch noch zu dieser vollen Einsicht.

Zur Reform des Krankenversicherungsgesetzes sah die Konferenz der Krankenkassen im Bezirke der Versicherungsanstalt Hannover folgende Beschlüsse:

1. Die auf der ersten Konferenz der Krankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Hannover versammelten Vertreter erklärten, daß sie jeder in einer neuen Krankenkassen-Novelle geplanten Verminderung der Selbstverwaltung oder einer Stärkung des Unternehmereinflusses auf das entschiedenste entgegengetreten, weil hierdurch die gedeihliche und kulturelle Entwicklung der Krankenversicherung aufs schwerste bedroht werden würde.

2. Die Konferenz der Krankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Hannover bittet die Vollvertretung, dahin zu wirken, daß auch der Gewerbebetrieb im Umherziehen in das Krankenkassen-Versicherungsgesetz aufgenommen wird und die Bestimmungen, welche dem entgegenstehen, für ungültig erklärt bezw. aufgehoben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Gewerbe-Inspektion.

Der Gewerbe-Inspektor des Herzogtums Sachsen-Altenburg macht bekannt:

Mit dem 1. Mai d. J. ist dem Gewerbe-Inspektor eine weibliche Hilfskraft (Assistentin) beigegeben worden. Die Einrichtung ist in erster Linie zum Nutzen der weiblichen Arbeiterschaft unter Herzogtums getroffen; sie kann aber nur nutzbringend werden, wenn die Arbeiterinnen der Assistentin ihr volles Vertrauen entgegenbringen und mit Antreten jeder Art fleißig an sie herantreten. Solche Anliegen persönlich vorzubringen, ist Gelegenheit gegeben, einmal während der üblichen Amtsstunden auf dem Zimmer der Assistentin in den Diensträumen, dann bei den von der Assistentin vorgenommenen Besichtigungen der gewerblichen Anlagen. Ferner wird vom 1. Juni dieses Jahres ab die Assistentin hier in Altenburg sowie in den Städten Göhrich, Schmölan, Roneburg, Weiselsdorf, Eisenberg, Kahlau und Roda regelmäßige Sprechstunden abhalten. Ein ständiger Anschlag an den für die öffentlichen Bekanntmachungen in den Rathhäusern üblichen Stellen wird auf die Tage, die Stunden und den Ort der Sprechstunden hinweisen. Von den Arbeitgeberern darf erwartet werden, daß sie der Thätigkeit der Assistentin nicht nur nichts in den Weg legen, sondern gewillt sein werden, sie nach Möglichkeit zu fördern.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein Niddorf hielt am 14. Mai seine Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Jubel referierte über: „Reit und Streitfragen im deutschen Reichstage.“ Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Aufgenommen wurden 40 neue Mitglieder.

Der socialdemokratische Wahlverein für Adlershof hielt am 16. Mai seine Mitglieder-Versammlung ab. Es ist dies die erste Versammlung, die seit einem Jahre wieder in Adlershof stattfand. Der Reichstags-Abgeordnete Reich hielt einen Vortrag über „Streit- und Streitfragen aus dem Reichstage“. In längerer Ausführung beleuchtete er den Toleranzantrag des Centrums. Reichers anhaltender Beifall lohnte dem Redner.

Neue Vulkanausbrüche.

Aus Fort de France auf Martinique meldet der Telegraph vom Dienstag:

Heute früh 6 Uhr entlud sich ein starker Aschenregen mit ungeheurer Schnelligkeit über Fort de France. Die Strahlen der aufgehenden Sonne ließen denselben als mit zuckenden Flammen durchsetzt erscheinen. Die Erscheinung war von dumpfem Grollen begleitet. Während dieser neuen Thätigkeit des Vulkans entstand eine gewaltige Panik. Die Bevölkerung flüchtete entsetzt nach allen Richtungen. Etwa 20 000 Menschen durchstreiften während des Asche- und Steinerregens voller Schrecken unter lautem Jammern die Straßen, viele warfen sich auf die Knie und beteten, andre retteten sich auf Schiffe. Die See wurde durch große Massen, welche sich vom Mont Pelée aus neu sich öffnenden Kratern ergossen, stellenweise zum Kochen gebracht. Das amerikanische Schiff „Potomac“ und der englische Kreuzer „Indefatigable“, welche eingetroffen waren, um die Leichen des amerikanischen und englischen Konsuls aus St. Pierre zu holen, gingen vormittags wieder in See.

Durch eine Hochflut wurde heute vormittags ein Teil von Le Carbet zerstört. Der stellvertretende Gouverneur und Senator Anhalt haben sich auf dem „Sudet“ eingeschifft, um sich über die Lage im Norden der Insel zu vergewissern. Die Bevölkerung ist in großer Aufregung und räumt Fort de France. Ein Teil geht nach Guadeloupe, ein anderer nach südlich gelegenen Ortschaften.

Eine Depesche des stellvertretenden Gouverneur von Martinique vom 20. Mai meldet, daß am Morgen ein dichter Feuerregen über das Dorf Carbet herniederlag.

Nach dröhnlichen Nachrichten aus Kingston fällt der Lava-Fluß der vulkanischen Ausbrüche auch auf Jamaica nieder, weniger auf den höchsten Spigen als auf den Ebenen der Insel. Man sieht den Staub wie einen blauen Nebel um die Berge hängen. Die durchsichtige Entfärbung muß ungefähr 1200 englische Meilen betragen. Der bekannte Geologe und Mineraloge Professor Seelen vom Kings College erklärt, man befände sich wahrscheinlich noch nicht am Ende der Ausbrüche. In nicht zu ferner Zeit würden auch einige der größeren Vulkane auf Dominica, Guadeloupe und anderen Inseln der kleinen Antillen, möglicherweise selbst einige Vulkane der großen Antillen in fast ebenso heftiger Weise ausbrechen, denn die ganze Kette der Vulkane müsse in geringerer oder stärkerer Weise die Gewalt der stattgehabten Ausbrüche mitempfunden. Ebenso könnten Ausbrüche in der Reihe der Vulkane vorkommen, welche sich in gleichläufiger Richtung in Mittelamerika hinunterziehen. Es sei eine Thatsache, daß zwischen zwei gleichlaufenden Ketten von Vulkanen eine gewisse Beeinflussung bemerkbar sei, wenn es sich um ungewöhnliche Ausbrüche in der einen oder der anderen handle. Die Einwohner auf Dominica und den benachbarten Inseln sollten sich jedenfalls durch die Vorgänge warnen lassen.

Der Vulkanausbruch auf den Antillen hat, wie zu erwarten war, auch dem Wetterpropheten Rudolf Falb Gelegenheit gegeben, seine Theorie der Erdbeben und Vulkane in Erinnerung zu bringen. Bekanntlich behauptet Falb, daß die Anziehung der Sonne und des Mondes auf das atmosphärische Innere der Erde die Ursache

von Bewegungen dieses Innern sei welche zu Katastrophen führen; auch die atmosphärischen Sturmwellen sollen von erheblichem Einfluß nicht nur auf das Wetter, sondern auch auf den Druck der Gase und Dämpfe im Erdinnern sein, die sich bei einem Nachlassen des atmosphärischen Luftdrucks gewaltsam befreien. Da die Stellungen der Sonne und des Mondes zur Erde genau zu berechnen sind, so giebt Falb nach ihnen seine kritischen Tage an, an welchen sich elementare Katastrophen auf der Erde ereignen sollen. Die genaue Berechnung aller derartigen Ereignisse im Laufe mehrerer Jahre mit den tatsächlichen kritischen Tagen hat zwar die völlige Haltlosigkeit seiner Darlegungen, Voraussetzungen und Schlussfolgerungen erwiesen; aber es ist am Ende dergleichen, daß Herr Falb seine Anschauungen nicht aufgeben will und daß bei ihm die Thatsachen stets so gruppiert werden, daß seiner Meinung nach seine Theorie dadurch gestützt wird. So ist dem nicht wunderbar, daß Falb unter dem stolzen Titel: „Einiges Licht über die Katastrophe auf Martinique“, seine Ansichten wieder einmal darzulegen sucht. Unerbört aber ist es, daß er in der Einleitung Worte des Tadelns für die unglücklichen Opfer findet. „Wenn in einer Fabrik einem Arbeiter von der rotierenden Maschine ein Arm abgerissen wird, so bedauern wir den Fall, erbliden aber darin kein Symptom der schlechten Weltordnung. Der Betroffene hat sein Unglück selbst verschuldet. Warum ist er der Maschine, deren Gefährlichkeit ihm doch bekannt war, unvorsichtigerweise so nahe gekommen?“ Zu demselben Tone heißt es dann weiter: „Was ein Vulkan zu leisten vermag, ist uns allen bekannt. Und wenn er dann in seiner Thätigkeit einmal unglückliches Gland verursacht, so tragen die Schuld davon wahrhaftig nicht das Naturgesetz, nicht der Vulkan, sondern diejenigen, die ihm in ihrer Unkenntnis oder in ihrem Leichtsinne zu nahe gekommen sind. Wer hat die Leute gezwungen, St. Pierre so nahe an der Quelle des Todes zu gründen?“

Um diese Weisheit loszuwerden, die bei der entsetzlichen Katastrophe noch einem Schandigen sucht, und die Schuld bei den armen Opfern findet, brauchte Herr Falb freilich das „Berliner Tageblatt“. Der geistigen Verfälschung dieses Blattes entsprechen diese Aeußerungen durchaus. Wer zwingt einen Arbeiter, einer Maschine zu nahe zu kommen? Wer hat verunglückte Vergleiche gezwungen, ihren gefährlichen Verurs zu ergreifen? Nur ein erstaunlicher Leichtsinne! Sie hätten ja ebensogut den gefährlichen Versuch eines Rentiers oder Grundstückspekulanten ergreifen können. Nach der liberalen Weltanschauung kam es nur Dummeit und Leichtsinne sein, der so viele Millionen an das Los des Proletariats feilt.

Paris, 21. Mai. (B. Z. V.) Der Marineminister erhielt von dem Kommandanten des „Sudet“ aus Fort de France ein Telegramm folgenden Inhalts: Heute vormittag erfolgte ein heftiger Ausbruch; es fielen Steine nieder. Der Ausbruch verursachte eine starke Panik in Fort de France. Ich besuchte die Küste bis zur großen Küste hin. Umgekommen ist niemand. Der Schaden ist erheblich. Von Carbet und den benachbarten Ortschaften kamen gegen 250 Menschen hier an. Zahlreiche Einwohner verließen die Kolonie, obwohl Fort de France nicht bedroht ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Geschichte des Hohkönigsburg-Erlasses.

Karlsruhe, 21. Mai. (B. Z. V.) Bei dem Empfange des Vorstandes des Landesausschusses durch den Kaiser hielt Präsident Schlumberger eine Ansprache, die darauf auch als Adresse überreicht wurde, in welcher der Dank der eifrigen Bevölkerung für die in Aussicht gestellte Aufhebung des Diktaturparagrafen zum Ausdruck gebracht wird. Hierauf antwortete der Kaiser etwa folgendes:

Meine Herren! Ich heiße Sie mit Freuden bei mir am heutigen Tage willkommen. Die Aufhebung des Diktaturparagrafen ist ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung des Reichslandes gewesen. Ich fand denselben vor, als ich den Thron bestieg. Daß ich diesem Wunsche nicht sofort in den ersten Jahren meiner Regierung stattgegeben habe, beruht auf zwei Gründen. Einmal mußte ich erst die Liebe und Treue meiner Unterthanen gewinnen und das verständnisvolle Vertrauen meiner Kollegen, der Bundesfürsten, mir erwerben. Zum andern begegnete mir das Ausland bei meinem Regierungsantritt mit tiefem, wenn auch unbegründetem Mißtrauen, da es voraussetzte, daß ich nach dem Vorber Kriegserfolge strebe. Demgegenüber war es meine Aufgabe, das Ausland zu überzeugen, daß der neue deutsche Kaiser und das Reich ihre Kraft der Erhaltung des Friedens zu widmen gewillt seien. Diese Aufgaben bedurften einer großen Spanne Zeit zu ihrer Verwirklichung. Das deutsche Volk weiß nun, welche Wege ich zu meinem Heile zu wandeln entschlossen bin. Seine Fürsten stehen mir treu zur Seite mit Rat und That. Das Ausland, weit davon entfernt, in uns eine Bedrohung des Friedens zu erblicken, ist gewohnt, mit uns als einem festen Felsen im Innern des Friedens zu rechnen. Nachdem nunmehr das Reich im Innern befestigt und nach außen eine liberal geachtete Stellung erlangt hat, erachte ich im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts den Augenblick für gekommen, in welchem ich der Bevölkerung des Reichslandes diesen Beweis meines kaiserlichen Wohlwollens und Vertrauens zu geben im Stande bin. Der Entschluß wird mir um so leichter, als im Laufe meiner Regierung die Beziehungen zwischen den Cäsar-Lotharingen und mir sich immer intimer gestaltet und der Empfang seitens der Bevölkerung immer wärmer geworden ist. Nehmen Sie, meine Herren, nochmals meinen innigsten Dank für die lokale Haltung des Reichslandes entgegen, auf die ich unbedingt baue. Der Wunsch, mit dem Ihre Adresse schließt, wird, so hoffe ich bestimmt, mit Gottes Hilfe für uns beide in Erfüllung gehen.

Bei der später stattgefundenen Festlichkeitsfeier teilte der Kaiser dem Präsidenten des Landesausschusses v. Schlumberger während der Unterhaltung mit, daß er ihn zum Wirkl. Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz ernannt habe.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 21. Mai. (B. Z. V.) Bei der heute fortgesetzten Beratung des Justizetat's von Ellenbogen (Soc.) auf einen Fall von angeblicher Weeinflusung der Gerichtsbehörden durch die Regierung zu sprechen; gegen den Bürgermeister Landner von Leobersfelden wiederholt Unternehmungen wegen Betruges geführt, das Verfahren sei aber infolge Weeinflusung der Gerichtsbehörden durch die Regierung eingestellt worden. Redner verlas einen Brief Synibens an einen Statthalterbeamten, in welchem dieser um seine Vermittelung bei dem Eisenbahnminister v. Mittel angegangen wird, und fragte den Eisenbahnminister, warum er Synibens seinen Schutz angeheben lasse. Eisenbahnminister v. Mittel wies auf das entscheidende die gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen zurück und erklärte, er glaube seine mehr als dreißigjährige dienstliche Laufbahn als Bürgschaft dafür anzuführen zu dürfen, daß Beschuldigungen, wie die von Ellenbogen gegen ihn erhobenen, ganz unbegründet seien.

Washington, 21. Mai. (B. Z. V.) Die deutsche Regierung hat die der Vereinigten Staaten ersucht, das Marineministerium möge den „Sudet“ der Interessen der Deutschen am Isthmus von Panama übernehmen. Das Ersuchen ist zustimmend beantwortet und der amerikanische Marine-offizier entsprechende Befehl erteilt worden.

Deutsche Lehrerverammlung.

In Chemnitz begann am Montag die aller zwei Jahre stattfindende deutsche Lehrerverammlung...

- 1. Unterricht und Volksschullehrer. 2. Die Bedeutung der Volksschule für die Volkssittlichkeit. 3. Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung. 4. Wie stellen wir uns zur Einführung des Haushaltungsunterrichts...

Es ist außerdem eine große Anzahl Nebenversammlungen vorgesehen, in denen fast ausschließlich Fachgegenstände zur Erörterung gelangen...

Daneben ist eine Lehrmittel-Ausstellung arrangiert worden, die in vier Abteilungen zerfällt. Die erste Abteilung stellt die Kunstpflege in der Schule dar...

In der Vertreterversammlung am Montag wurden Lehrer Leopold Clausniger (Friedrichsfelde bei Berlin) zum ersten, Oberlehrer Gärtnner (Wilmshagen) zum zweiten und Lehrer Felix Thierig (Chemnitz) zum dritten Vorsitzenden gewählt.

Nach der Eröffnung der ersten Hauptversammlung am Dienstag durch den Lehrer Clausniger hielt der als Vertreter der sächsischen Regierung anwesende Kultusminister Dr. v. Seydewitz eine Ansprache...

Der Vorsitzende dankte dem Minister für seine Ansprache. Aber so wenig er in seiner Eröffnungsansprache von Königstreue, Vaterlandsliebe und Gottvertrauen geredet hatte, so wenig verstand er den Willen des Ministers...

Über den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den dritten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den vierten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den fünften Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den sechsten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den siebten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den achten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den neunten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den zehnten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den elften Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den zwölften Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den dreizehnten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den vierzehnten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Über den fünfzehnten Gegenstand der Tagesordnung, Universität und Volksschullehrer, sprach Professor Dr. Rehmke aus Greifswald. Er bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde...

Lehrerinnen in Sachen des Vereinsrechtes. Sie erlernt aus derselben, daß die Entwicklung der Frauen-Vereinsvereine und deren Bedeutung für das Staatswohl von den Volkstrettern nicht genügend gewürdigt wird...

Es sind 78 Lehrerinnen delegiert und außerdem eine große Anzahl Gäste anwesend. Fräulein Döring-Berlin berichtete über die Schritte, die der Verein getan hat...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

Die Ausgestaltung des Haushaltungsunterrichts und die Fortbildungsschulen zu erlangen. Der Verein hält es für notwendig, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen...

wolle nicht verkennen, daß die Engländer viel von den Arbeitern anderer Länder, speziell den Deutschen gelernt haben...

Sachse übernimmt die Größe der deutschen Bergarbeiter an den Kongress, erwartet, daß diese Verhandlungen dazu beitragen, die Achtstundenschicht usw. zu bringen...

Picart schlägt für morgen den Vorsitzenden des deutschen Verbandes, Sachse, als Vorsitzenden des Kongresses vor...

Der Tagespräsident Abraham eröffnet die Sitzung mit einer Dankagung für die ihm widerfahrte Ehre, bedauert, daß einige treue Kämpfer ins Grab gefahren sind...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Der Kongress tritt in die Verhandlungen ein zu Punkt „Achtstundenschicht“. Bruch-Sind-Bales bedauert, daß das englische Parlament das Achtstundengesetz dem Willen der Minderheit...

Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter.

Sitzung vom 21. Mai. Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Der Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Prüfung der auf die Sanierung der Löhneverhältnisse bezüglichen Anträge...

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Düsseldorf, den 10. Mai. Im Gewerkschaftshause wurde heute nachmittag durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herr, der internationale Kongress eröffnet...

Im Gewerkschaftshause wurde heute nachmittag durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herr, der internationale Kongress eröffnet...

Im Gewerkschaftshause wurde heute nachmittag durch den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herr, der internationale Kongress eröffnet...

Kongress der Steinarbeiter Deutschlands.

Leipzig, den 20. Mai 1902.

In der Nachmittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages wurde die Debatte über die Geschäftsberichte geschlossen und die Referenten erhielten das Schlusswort und gingen auf alle Einzelheiten der Debatte ein. Darauf wurden folgende Anträge angenommen:

Der jetzt stattfindende Kongress möge beschließen, vier Wochen vor jedem stattfindenden Kongress hat die Geschäftsleitung in den Städten, wo Organisation vorhanden ist, die Zahlen der am Ort Beschäftigten anzugeben, um das einmal festgestellt werden kann, wieviel organisierte Steinarbeiter vorhanden sind, denn die Zahlen in Geld sind keine festen Grundlagen für uns, um bei wirtschaftlichen Kämpfen einen Überblick zu haben, mit wie viel organisierten Kollegen zu rechnen ist.

Die Kontrollkommission ist nächst dem Kongress die oberste Instanz der Organisation. Sie hat das Recht und die Pflicht, Kontrollen und Revisionen nach eigenem Ermessen in der Centralleitung vorzunehmen. Die Kontrollkommission hat bei allen wichtigen Angelegenheiten mit zu beraten. Bei hypothekarischen Anlegungen von Geldern der Organisation ist vorher die Zustimmung der Kontrollkommission einzuholen. Der Geschäftsleitung wurde Decharge erteilt.

Langen-Leipzig referierte über die Unterstützungs-Einrichtungen. Er gab einen geschichtlichen Überblick und wies nach, daß neben dem Kampf um Eringung besserer Arbeitsbedingungen auch Fürsorge für Notfälle wie Arbeitslosigkeit, Krankheit immer mehr getroffen werden mußten. Die Verbände, die Unterstützungs-Einrichtungen getroffen, haben vermocht, die meisten der Verursachenden für die Organisation zu gewinnen. Es ist verlangt worden, nicht bloß Krankenunterstützung, sondern auch Unterstützung den Arbeitslosen wie Invaliden sowie Sterbegeld zu gewähren. Die Frage, ob die Beiträge erhöht werden können, bejahe er, wenn den Mitgliedern entsprechende Gegenleistungen geboten werden. Bei Lohnkämpfen mußte immer Mäßigkeit genommen werden auf die wirtschaftlich rüstungslosen Distrikte. Die wirtschaftliche Krise werde wieder eintreten und dann müsse der Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden. Der Erweiterung der Unterstützungs-Einrichtungen könne und dürfe man sich deshalb nicht entziehen.

Ueber die Verringerung der Organisation referierte Kiegel-Vina. Die Notwendigkeit der Organisations-Verringerung sei schon vor zwei Jahren betont worden. Ein Punkt sei bisher übersehen worden, das ist der doppelte Charakter unserer Organisation. Unsere Centralleitung siehe auf dem Papier, denn sie habe die Kräfte der Lokalorganisationen an den Weinen. Die Lohnkämpfe werden vom Gesichtspunkt der Lokalorganisation behandelt, weitere Gesichtspunkte nicht berücksichtigt und dadurch Rückschritt gemacht. Mit dieser Taktik müsse gebrochen werden. Er gehe von der Ansicht aus, daß, wenn die Organisation geändert wird, wir besser fahren werden. Auch die Krankenunterstützung könnte dadurch allgemein eingeführt werden. Dagegen sei er gegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Die Organisation müsse so gestaltet werden, daß sie einen Schutzwall für die Mitglieder bilde.

Tokales.

Die Stadt und der alte Botanische Garten. Aus dem Rathhaus wird berichtet: Die eventuelle Erweiterung des Gartens des Botanischen Gartens in der Potsdamerstraße beschäftigte am Mittwochmittag eine gemischte Deputation der Berliner Gemeindebehörden unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rüstow. Der Präsidium verlangte bekanntlich für das Terrain in runder Summe 16 Millionen Mark. Der reelle Wert soll ungefähr die Hälfte betragen. Den beiden beteiligten Gemeinden Berlin und Schöneberg ist natürlich dieser Preis viel zu hoch. Die Umänderung des Gartens in einen Park oder die Erhaltung des jetzigen Zustandes würde der Gemeinde Berlin dauernd große Opfer auferlegen. Bei dieser Lage der Dinge ist die Erweiterung des Gartens und die Herstellung eines öffentlichen Parks mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft. Hingegen kommt noch, daß mehrere Grundbesitzer ein Vorlaufrecht besitzen sollen und daß die Stadt eine Baumaße besitzt. Auch die Festlegung der Bauaufsichtlinien würde auf große Hindernisse stoßen. Außerdem besteht zum mindesten ein moralisches Recht, das sich auf die Umstände bei der Gründung des Botanischen Gartens stützt, den Garten den Berlinern zu erhalten. Ueber dieses Recht wird sich der Präsidium nicht mit einem Federstrich hinwegsetzen. Die Deputation, die schon vor einigen Jahren gebildet worden ist, hat das umfangreiche Material geprüft und sich dann vertagt.

Synode und Varietés. In den Angriffen der Berliner Synode auf die Varietés nahm der Verein der Varietésbesitzer in seiner gestrigen Monatsversammlung Stellung. Um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, wurde beschlossen, in Verbindung zu treten mit der internationalen Artistengenossenschaft, der internationalen Artistenloge, dem Verband der Varietésdirektoren und dem Verein Artistenschutz. Die Vorstände dieser Vereinigungen sollen dann in einer gemeinsamen Konferenz über die zu unternehmenden Schritte beraten, um nicht nur die Angriffe der Synode zurückzuweisen, sondern möglichst auch eine Milderung der polizeilichen Vorschriften für die Karwoche anzubahnen.

Ueber das Verschwinden der Wände und Plakate in Eisenbahnwagen mit abnormen, zum Teil auch unzüchtigen Bildern und Bemerkungen ist wiederholt Klage geführt worden, und trotzdem das Fahrpersonal Anweisung hatte, sein besonderes Augenmerk auf solche schreibselbige Fahrgäste zu richten, wollte es immer nicht gelingen, der Thäter habhaft zu werden. Kürzlich aber ist einer dieser rohen Burschen, der anstößige Bilder auf Plakate der Stadtbahnwagen zeichnete, auf frischer That ertappt worden. Derselbe ist vor einigen Tagen von der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts II wegen Vergehens gegen § 184 des Strafgesetzbuchs (Verletzung unzüchtiger Schriften, Abbildungen etc.) zu einer Geldstrafe von 50 Mark, im Nichtbeitreibungsfalle zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen, verurteilt worden. — einschließlich der Gerichtskosten ein nicht ganz billiger Scherz.

Das schlechte Wetter und die Eisenbahn. Die Ungunst des Wetters am Pfingstfest und in der vorausgehenden Woche dürfte nach den „B. P. R.“ für die preussischen Staatsbahnen einen Ausfall an Einnahmen von gut 2 Mill. Mark bedeuten.

In der Angelegenheit der 13 1/4 Jahre alten Elise Decker aus der Kolonie Nr. 30 bringt eine Lokalcorrespondenz Mitteilungen, welche die Meldungen von gestern modifizieren: Elise Decker, die Tochter eines sehr anständigen Arbeiter-Ehepaares, ist ein entartetes Kind, an dem alle Erziehungsvorlesungen scheiterten. Sie lief den Eltern schon wiederholt weg, um sich herumzutreiben, kam aber nach einer gewissen Zeit immer wieder nach Hause. Die Eltern stellten schon einmal einen Antrag auf Zwangs-erziehung. Der wurde jedoch abgelehnt, da es angeblich an einem Grunde, der dem Gesetz genügt hätte, fehlte. Vor ungefähr vier Wochen lief das Mädchen wieder weg. Die Eltern kummernten sich nicht darum und suchten gar nicht erst, da sie voraussehen, ihre verdorbene Tochter werde auch diesmal von selbst wiederkommen. Das geschah denn auch, ohne daß die Revier- oder Kriminalpolizei mit Nachforschungen betraut gewesen wären. Als nun Frau Decker ihre Tochter züchtigte, klagte sie über Schmerzen, und nun stellte sich heraus, daß sie mit der schlimmsten Krankheit in einem Stadium befaßt ist, das eine Heilung kaum noch möglich erscheinen läßt. Es wurde weiter festgestellt, daß das Mädchen schon lange einen höchst niederlichen Lebenswandel geführt hat, ohne mit einer Skrupellosen oder Mäurerin à la Sternberg in Verbindung gekommen zu sein. Ihr Umgang waren junge Bengel, die ihr zum Lebensunterhalt 20 bis 30 Pf. gaben. Gewöhnlich trieb sie sich auf der Straße umher, um Bekanntheit zu suchen. So lernte sie auch einen 67-jährigen Mann Namens Eisenhauer aus der Stallgasse kennen, bei dem sie sich vier Tage aufhielt. Das ist der einzige Herr, den die Kriminalpolizei in dieser Angelegenheit kennt und verhaftet hat. Das Mädchen ist in ein Krankenhaus gebracht worden.

Eine Störung bei der Rinderegulierung ist durch den Bruch eines freigelegten Abflusses in der Nähe der Schadowstraße eingetreten. Durch die ausströmenden Abwässer wurden dort die für die Kanalisation bestimmten Gräben überschwemmt, so daß die Weiterarbeiten an dieser Stelle inhibiert werden mußten. Zum Zweck der Entleerung der Gräben sind sofort mehrere Drudpumpen aufgestellt; man hofft, daß heute die Arbeiten wieder aufgenommen werden können.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 50 Jahre alten Ledersers Heinrich John aus der Eisenbahnstraße 13. John war ein Gewohnheitsdieb und arbeitete schon seit Jahren nicht mehr, ließ sich vielmehr von Frau und Kindern ernähren. Anfangs Oktober vorigen Jahres zog seine Frau mit den beiden Kindern von ihm weg nach der Eisenbahnstr. 13 und reichte nach 20-jähriger Ehe die Scheidungssache ein. Der Mann kam jedoch immer wieder und machte wiederholt Lärm, so daß die Frau ihn zeitweilig doch noch wieder aufnahm, bis es gar nicht mehr ging. Nun lag er auf den benachbarten Fluren umher, oder vor der Wohnung seiner Frau. Bei einer solchen Gelegenheit fiel er am Mittwoch voriger Woche die Treppe hinunter. Zu demselben Tage ging er mit einer bedeutenden Stirnwunde zur Polizei und behauptete, seine Frau und Kinder hätten ihn mißhandelt. Im Krankenhaus, in das er sich von der Polizei weigerte, begab, wiederholte er diese Darstellung. Nach wenigen Tagen starb er. Seine Angehörigen bestreiten jede Mißhandlung. Ob die Verletzung von dem Sturz von der Treppe oder einer Schlägerei herrührt, oder ob John sie sich vielleicht im Säuferswahn selbst beigebracht hat, bedarf noch der Feststellung.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist ein Handelsmann Wilh. Siering aus Weihenau festgenommen worden. Siering liebt es, auf seinen Handelsfahrten kleine Mädchen anzulocken. Als er das auch in Weihenau mit einem siebenjährigen Kinde machte, wurde er ertappt und verhaftet.

Verunglückte Landpartie. Am Ausgangspunkt der nach den Wiedelbergen führenden Grunewald-Chaussee nächst der Pöhlischen Försterei hat am dritten Pfingstfesttage in der sechsten Abendstunde eine heftige Karabollage zwischen zwei vollbesetzten Krenser-Fuhrwerken stattgefunden, wodurch mehrere Personen zu Schaden gekommen sind. Das eine Krenserfuhrwerk stürzte in den Chausseegraben, die Insassen erlitten dabei mehr oder minder schwere Verletzungen. Ein Fräulein Malwine Boyer aus der Seebr. 65 erlitt einen Armbruch und der Ledergärtner Götzel aus der Koloniestr. 129 kam mit einer erheblichen Schädelverletzung davon: beide Personen wurden mittels Privatärztl. Besuchs nach Potsdam-Charlottenburg zu einem Arzt gefahren und haben später in einer Berliner Heilanstalt Aufnahme gefunden. Der Kutscher, der den Unfall verschuldet hat, war stark angegriffen; das empörte Publikum griff ihn thätlich an.

Wegen Anreizung zum Landfriedensbruch ist ein Kutscher Julius Reife verhaftet worden. In die Gastwirtschaft von Weier in der Prenzlauer Allee 164 kam Reife am Dienstagabend mit einem Freunde zu einer Zeit, als der Wirt schon Feierabend geboten hatte. Er verlangte trotzdem noch Getränke und machte großen Lärm, als Reife mit Hinweis auf die Polizeistunde ihm nichts mehr verabreichte. Noch schlimmer machte er es draußen, nachdem der Wirt ihm schließlich vor die Thür gesetzt hatte. Reife schrie auch andere Leute, die dazu kamen, an, und bald ging eine Menge von hundert Personen, die schimpften, daß die Gastwirte den Leuten das Geld abnahmen, um sie dann hinzuwerfen, auf Weier los. Diesem kamen seine Gäste zu Hilfe. Aber auch diese mußten der Uebermacht weichen und sich mit dem Wirt einschließen. Nun übernahm draußen der Janbengel die Führung. Eine Anzahl Strohe gebrachen im Vorgarten Tische und Stühle und schlugen mit den Zeugnissen die Fenster ein, um so in die Wirtschaft einzudringen. Als sie merkten, daß eine Schutzmannspatrouille, die allein nichts ausrichten konnte, Verstärkung holte, ließ die Gesellschaft auseinander. Nur Reife, der Urheber des ganzen Aufruhrs, konnte noch ergriffen werden. Sein Freund entkam ebenfalls. Ihn zu nennen weigerte er sich.

In der Trenntheit vom Schlag geführt wurde vorgestern, Dienstagabend, der 62 Jahre alte Rüstowmacher Ernst Probst aus der Beuthstr. 4. Der Mann trank sehr stark, so daß seine Frau das Geschäft, eine Rüstowmacherei in der Kommandantenstraße, auf ihre Rechnung betreiben mußte. Vorgestern Abend war er wieder schwer betrunken. Um 9 Uhr ging er nach dem Stall auf dem Grundstück Beuthstr. 4, in dem sein Pferd steht. Hausbewohner sahen ihn hineinwachen, aber nicht mehr herauskommen. Eine halbe Stunde später fand man ihn tot im Wagenschuppen liegen. Ein Herzschlag hatte infolge übermäßigen Alkoholgenußes seinem Leben ein Ende gemacht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall. In der Frankfurter Allee am Ringbahnhof läßt die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft aus Sparmaßregeln die Anhängerwagen stehen, die dann von den nach Berlin fahrenden Kraftwagen wieder mit zurückgenommen werden. Das Anknüpfen wird von den Wagenführern und Schaffnern befohlen, die von den Fahrgästen und oft von den sich zahlreich auf der Straße tummelnden Kindern assistiert werden. Die Arbeit muß von den überlasteten Angestellten mit großer Eile befristet werden, und so kam es gestern, daß ein Angestellter nicht darauf achtete, daß der sechsjährige Sohn des Wuchhändlers Mandt aus der Frankfurter Allee 170 unter die Räder geriet. Das arme Kind wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo man ihm sofort das linke Bein abnahm. Das Unglück wäre wahrscheinlich vermieden worden, wenn besondere Anzeigetafel zum Anknüpfen unterhalten würden.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr nur wenig Klamerierungen zu verzeichnen. Mittwochvormittag kurz nach 9 Uhr wurde sie nach der Forststr. 7 gerufen, wo in einem Keller Wäsche und Kleidungsstücke in Flammen standen. In der Dudenstraße 3 mußte kurz vorher ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Nacht zum Mittwoch hatten in der Rannstr. 4 Gardinen, Kleidungsstücke und Betten Feuer gefangen, während in der Klosterstr. 27 Gerümpel, Lumpen etc. in Brand geraten waren. Dienstagabend gegen 9 Uhr mußte in der Doppel-Allee 36/37 ein Wohnungsbrand abgelöscht werden, der in der Hauptkloche Seiten, Kleidungsstücke und Möbel beschädigte. Außerdem erfolgten in der Rannstr. 27 Alarmierungen von der Marsfeldstr. 16 und dem Jonskirchplatz 2, die indes auf unbedeutendere Unfälle zurückzuführen waren.

Sport. Bei dem Radrennen am Dienstag auf der Kurfürstendammbahn kam der Regier-Taylor nicht einmal in den Endlauf, der von Trend, Ferrari und Mühl bestritten wurde. Trend errang einen glänzenden Sieg. Zeit des Rennens 1:46.

Aus Paris wird gemeldet, daß der auch in Berlin bekannte deutsche Radfahrer Verheyen infolge eines Automobil-Unfalles bei Fontainebleau ums Leben gekommen ist.

Eine Vollstund für Unfallverletzte wird Sonntag abends 5 von 6 Uhr Dr. med. Goldberg unterhalten. Die Vollstund ist gestrichelt Montag, Mittwoch und Samstag abends von 6-7 Uhr für Frauen, von 7-7 1/2 Uhr für Männer.

Richtings Berliner Verkehr ist soeben zum Preise von 30 Pf. für den Sommer 1902 erschienen, ebenso Richtings Taschenbuch von Berlin, wovon die große Ausgabe 30 Pf., die kleine Ausgabe 20 Pf. kostet. Die Vorgänge des bekannten Fahrplansbüchleins sind so bekannt, als daß sie noch besonders erwähnt zu werden brauchen.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schöneberg. In der gestern vorgenommenen Ersatzwahl zur Gemeindevertretung wurde unser Genosse Grunow mit 245 Stimmen gewählt, der Segner erhielt 1 Stimme.

Charlottenburg. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“, Kronenstr. 3, statt. Der Stadt-Genosse Dr. Worchardt wird einen Vortrag über „Kommunale Streitfragen“ halten. An den Bericht des Vorstandes wird sich die Neuwahl desselben schließen.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Trozdem die genehmigte Realschule wegen Mangels an Schülern am 1. April nicht eröffnet werden konnte, plant der um die Entwicklung des höheren Schulwesens sehr besorgte Magistrat die Errichtung einer höheren Töchterschule, die der Stadt einen erheblichen Zuschuß kosten würde. Als Grundstücken hierfür war der Steinplatz an der Martin-Lutherstraße ausersehen, doch hat der zur Prüfung der Angemessenheit eingesehene Ausschuss den Ankauf wegen des hohen Preises (sowohl als wegen der ungenügenden Lage) abgelehnt. Hiergegen läßt sich gewiß nichts sagen; als aber seiner Zeit eine Gemeindefschule neben der Feuerwache errichtet wurde, fand man solche Nachbarschaft nicht fremd.

Wilmersdorf. Das bei einem Herrn Arnold in der Nachodstraße in Wilmersdorf beschäftigte Dienstmädchen Margarete Wagner stürzte heute von einem Fenster der zweiten Etage in die Tiefe. Das Mädchen blieb mit schweren inneren Verletzungen liegen und wurde vorerst in die Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort in das Charlottenburger Krankenhaus geschafft. Ob das Mädchen, dessen Zustand sehr bedenklich ist, in selbstmörderischer Absicht den Sprung gethan hat oder ob ein Unfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Johannisthal. Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Beschlusse gegen den Gemeindevorsteher zu befassen. Die Gemeindevorsteher Rehm und v. Trübschler verlangten, daß häufiger Sitzungen abgehalten werden, damit nicht auf eine einzelne Sitzung eine übermäßige Arbeitslast entfalle. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sitzungen Uhr fünf und nicht wie jetzt Uhr drei zu eröffnen. In Konsequenz dieser Anregungen stellte unser Parteigenosse Mann den Antrag, die Sitzung bis Uhr fünf zu versetzen und so den Gemeindevorsteher zu veranlassen, den Wünschen der Vertretung Rechnung zu tragen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Als dann später die Geschäftsordnung und das Ortsstatut beraten wurden, stellte Herr v. Trübschler abermals den Antrag, mit den Gemeindevorsteher-Sitzungen erst nachmittags Uhr fünf zu beginnen. Dieser Antrag, der auch von unsren Parteigenossen Mertins und Mann unterstützt wurde, lehnte die Vertretung dann mit Stimmenmehrheit ab und nahm so der Masse der Bevölkerung die Gelegenheit, sich über die Vorgänge im Ortsparlament zu unterrichten. Die Sitzungen finden jetzt jeden zweiten Donnerstag im Monat statt. Die Kommission hatte aus der Landgemeinde-Ordnung den Strafparagrafen übernommen, welcher Geldstrafe sowie Ausschluss von den Sitzungen bis auf die Dauer eines Jahres über die Vertreter verhängt, die sich Verstöße gegen die Geschäftsordnung zu Schulden kommen lassen. Die Vertretung lehnte indes, nachdem sich die Vertreter Rehm, v. Trübschler, Mann und Mertins teilweise in äußerst scharfer Weise dagegen erklärt hatten, den ganzen Paragrafen ab. Auf Antrag des Vertreters Mann erhielt der Paragraf folgende Fassung: Ist der Redner bei einer Sache bereits zweimal zur Ordnung gerufen, so kann ihm der Vorsitz beim dritten Ordnungsruf das Wort entziehen, doch steht dem davon Betroffenen die sofortige Berufung an die Gemeindevertretung zu. Auf Antrag des Vertreters Mann wurde ferner bestimmt, daß die Abstimmung eine namentliche sein muß, wenn dies von einem Mitglied der Vertretung beantragt wird.

Aus Lichtenberg schreibt man uns: Herr Ignaz Rechner hat seine Schuldigkeit gethan, er kann gehen. In seine Stelle tritt der Vizepräsident des Lichtenberger „Freisinn“. — Zur Gemeindevorstellung ist folgendes zu melden: Herr Wuchhändlerbesitzer Albert Koch wird den Sozialdemokraten zeigen, wo Bartel den Koffel holt, hintermalen die Soci wiederholt den Antrag gestellt haben, daß Gemeindevorarbeiten nur in tarifizierten Druckereien ausgeführt werden dürfen oder — und das wäre noch schrecklicher —, daß Gemeindevorarbeiten sich an Arbeiter der Gemeinde überhaupt nicht zu beteiligen haben. Der Umstand, daß es die Sozialdemokraten waren, denen Herr Koch es verbannt, daß er Gemeindevorarbeiten ist, ihm nichts zur Sache. Ordnung muß sein! Wozu wäre denn das Klassenwahlgesetz da, wenn es nicht benützt werden könnte, um den guten Epheuren die bösen Egge vom Leibe zu halten.

Die Genossen Grauer und Schulz haben nun Gnade gefunden; gegen diese ist kein Einspruch erhoben worden. Aber gegen die Genossen Kette und Weizsäcker ist in zwölfter Stunde durch Herrn Albert Koch Einspruch eingelegt worden. Ihr Besitzteil soll zu gering sein, und das Ober-Verwaltungsgericht soll nun dem bedrängten Reissin zu Hilfe kommen und entgegen dem klaren Wortlaut der Land-Gemeinde-Ordnung eine Entscheidung treffen, die den „Bürgervereiner“ doch wenigstens etwas von dem verlorenen Besitzstand sichert. Die Herren wollen sogar, daß die Gemeindevertretung einen Beschluß fassen soll, wonach die mit ganzen 6 Stimmen bedachten Bürgervereiner als gewählt betrachtet werden. Aber Herr Koch, die Kompetenz hat ja die Gemeindevertretung gar nicht! Worauf Sie auch hinauswollen!

Eine Massenverhaftung jugendlicher Spitzbuben hat in Adlershof stattgefunden. Nicht weniger als elf junge Burschen im Alter von 16 bis 20 Jahren sind festgenommen worden. Die jungen Leute haben Gelegenheitsdiebstähle aller Art vollführt und die erbeuteten Waren bei verschiedenen Produzentenhändlern zu Spottpreisen verkauft. Gleichzeitig mit der Verhaftung ist auch der Frau eines Produzentenhändlers in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängnis in Köpenick eingeliefert worden.

Aus Potsdam wird berichtet: Bei einer Bootfahrt auf dem Templiner See erkrankten gestern nachmittags drei Personen, deren Leichen bis jetzt noch nicht aufgefunden sind.

Berichts-Zeitung.

Prof. Dr. Schmoller

trat gestern vor der VIII. Strafkammer des Landgerichts I als Belastungszeuge gegen den stud. phil. Erich Roth auf, der wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 19. Juli 1901, betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst, zur Verantwortung gezogen wurde. Der Angeklagte hat im Wintersemester bei Professor Dr. Schmoller ein Privat-Kolleg über praktische Nationalökonomie gehört. In seinem Schlussvortrag behauptete Professor Schmoller die damals besonders aktuelle Frage der Handelsverträge und des künftigen Schicksals der Zolltarif-Vorlage. Der Angeklagte hatte die Ausführungen des Professors seinem Kolleghefte einverleibt und zwar teils auf Grund des Diktats des Professors, teils auf Grund von Stichworten, die er niedergeschrieben hatte. Der Angeklagte hatte einige charakteristische Aeußerungen aus dieser Vorlesung zu einem Zeitungsartikel benutzt, den er in hektographierter Form verschiedenen Zeitungen gegen Honorar zusandte. Dieser Artikel wirkte einigen Stand auf, insbesondere die angebliche Aeußerung des Professors Schmoller: „Ich weiß aus persönlicher Unterredung, daß kein Minister daran denkt, diesen Zolltarif Gesetz werden zu lassen.“ Die „Hamburger Nachrichten“ nagelten gerade diese Stelle besonders fest und forderten Professor Schmoller auf, den Namen des oder der Minister zu nennen, von denen er so etwas gehört habe. Professor Schmoller richtete darauf an die „Hamburger Nachrichten“ ein Schreiben und erklärte darin, daß der fragliche Artikel eine ganz unzureichende und vielfach mißverständliche Wiedergabe eines etwa einständigen Vortrages darstelle. Eine solche Wiedergabe eines Kolleg-Zusatzes sei ein grober Mißbrauch und verstoße gegen alle guten akademischen Sitten. — Prof. Schmoller stellte weiterhin Strafantrag gegen den Angeklagten. Letzterer bestritt, sich gegen das Urheberrecht vergriffen zu haben, und behauptete, daß es sich bei dem von ihm verfassten Artikel nur um die Mitteilung des wesentlichen Inhalts eines Vortrages, nicht aber um die Wiedergabe desselben handele. Dies gehe ja schon daraus hervor, daß Professor Schmoller selbst in seinem Schreiben an die „Hamburger Nachrichten“ gesagt habe, seine Ausführungen seien entliehen wiedergegeben. Der Angeklagte stellte sich auf den Standpunkt, daß sein Artikel nur die Ausarbeitung gehörter Gedanken sei. — Prof. Dr. Schmoller erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er nicht im stande sei, den Strafantrag zurückzuziehen, denn es liege im Universitätsinteresse,

einmal prinzipiell die hier in Frage stehende Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen. Seit den 20 Jahren seiner hiesigen Lehrtätigkeit sei es eine der empfindlichsten Klagen der Universitätslehrer, daß sie nicht gegen den Mißbrauch geschützt seien, daß Hörer der Vorlesungen Kaufungen, die die Professoren im Rahmen ihrer Vorlesungen lediglich für die Hörer bestimmt haben, durch die Zeitungen an die Öffentlichkeit bringen. Der Schutz der akademischen Freiheit würde nicht vorhanden sein, wenn ihnen nicht durch das Nachdruck-Gesetz der hiesigen Schatz würde, daß das, was nur für den Hörsaal bestimmt sei, nicht aus dem letzteren in die Öffentlichkeit hinausgetragen wird. Die Dozenten haben gewiß das größte Interesse daran, sich ganz frei vor den Schülern auszusprechen. Was sie der Öffentlichkeit übergeben wollen, bringen sie selbst in diese hinein, und wenn der Angeklagte ihm den Artikel vor der Veröffentlichung vorgelegt hätte, würde er ihn wahrscheinlich korrigiert und etwaige Mißstände ausgeglichen haben. Er stelle den Strafantrag durchaus im Einverständnis mit den Universitätsbehörden. Den Ausdruck „ich weiß aus persönlicher Rücksicht“ habe er in dieser Form nicht gethan, dieser Punkt der Veröffentlichung habe ihn stark kompromittiert. Sein Standpunkt zur Politarvorlage sei — wie bekannt sei — der, daß er die Sätze des Paragrafen für stark übertrieben halte und hoffe, daß sie durch die Handelsvertrags-Verhandlungen ermäßigt werden. Wenn in der hier beliebten indolenten Weise ein einseitiger Anspruch von ihm in die Öffentlichkeit lanciert werde in der Erwartung, daß derselbe eine gewisse Sensation erregen werde, so werde er durch ein solches Verfahren kompromittiert. Er habe im allgemeinen nur ausgeführt: man könne sicher voraussetzen, daß das, was künftig gelten werde, eine wesentliche Modifikation der jetzigen Vorlage darstellen werde. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herbert Frankel behauptete, daß die fraglichen Bemerkungen des Prof. Schmoller gar nicht mehr zum Kolleg selbst gehörten, sondern außerhalb des Rahmens desselben gemacht worden seien, und daß seine Ausführungen im Kolleg genau mit einem Vortrage übereinstimmten, den er seiner Zeit in München bei einer Tagung des Vereins für Socialpolitik gehalten. Weidens wurde von Professor Schmoller bestritten. — Staatsanwalt Ellendt hielt in subjektiver und objektiver Beziehung den § 38 des neuen Nachdruckgesetzes für verfehlt. Da der Angeklagte hier nicht aus idealen Gründen gehandelt, sondern gewinnstüchtige Zwecke verfolgt habe und es doch auch einen Vertrauensmißbrauch darstelle, wenn ein Student solche Kaufungen, die ein Professor in einem Privatkolleg macht, unkontrolliert in die Öffentlichkeit bringe, so beantrage er 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis und Vernichtung des betreffenden Teiles des Kollegheftes. — Rechtsanwalt Dr. Frankel bestritt sowohl subjektiv als objektiv das Vorliegen eines Nachdrucks und beantragte eventuell die Einholung des Berichtes über die Münchener Rede des Professors Schmoller und Befragung der Sachverständigen-Kammer. Der Angeklagte habe gewiß nicht richtig gehandelt, er würde aber dem Professor Schmoller sehr dankbar sein, wenn er durch Zurückziehung des Strafantrags weitere Unannehmlichkeiten ersparte. Prof. Schmoller erklärte dies nicht für möglich. — Der Gerichtshof lebte die Verweigerung ab, hielt einen Nachdruck im Sinne des § 38 für vorliegend und verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß hier ein grober Verstoß gegen die akademische Sitte und Ordnung vorliege, zu 300 Mark Geldstrafe event. 40 Tage Gefängnis.

Ein Mieseprozess wegen Diebstahls und Hehlerei begann gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I, welche wegen der sehr großen Zahl der zu vernehmenden Zeugen im kleinen Schwurgerichtssaal tagen muß. Als Angeklagte stehen vor dieser Kammer der Portier Paul Böhm, der Hausdiener Karl Klingner, der Arbeiter Eugen Schreiner, ferner der Handelsmann Leopold Raphael und der Dienstmann Julius Herzberg. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Merschberger, die Verteidigung führen Justizrat Bröcker und die Rechtsanwälte Dr. Davidsohn und Dr. Schwandt. Im Jahre 1900 wurden

der Firma May u. Co. aus ihrem in der Friedrichstraße 94 belegenen Lageraum nach und nach eine große Menge von Fellen im Gesamtwerte von etwa 50 000 M. gestohlen. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln, man konnte nur feststellen, daß die Diebstähle aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch ermöglicht wurden, daß die Diebe den zu den Lageräumen führenden Fahrstuhl in schlauer Weise benutzten. Im Juni 1900 wurde Herr Kersten, dem Inhaber der Firma May u. Co., durch einen Agenten ein großer Posten Felle zum Kaufe angeboten und als sie von Herrn Kersten befragt wurden, konnte dieser sofort 30 Duzend Felle als seinem eignen Lager entnommen erkennen. Es ergab sich, daß die Felle im Besitze des Partiewarenhändlers Leopold Raphael waren. Das seiner Zeit gegen diesen eingeleitete Strafverfahren führte zu keinem Ergebnis. Raphael behauptete, daß er die Felle ehrlich von einem Agenten Levin erworben habe und er blieb bei dieser Behauptung um so mehr, als ihm bekannt war, daß Levin es vorgezogen hatte, das Weite zu suchen und gar nicht daran zu denken ist, daß er freiwillig wieder zurückkehren wird. Gelegentlich einer alldam aus besonderer Veranlassung bei einem Händler vorgenommenen Durchsichtung wurden weitere 18 Duzend Felle vorgefunden, die durch Raphael's Hände gegangen waren und aus dem Raphael'schen Lager stammten. Auch hier behauptete Raphael, daß die Felle ihm von Levin verkauft seien; diese Behauptung hielt aber insofern, als sich unter den Fellen solche befanden, die die Firma May u. Co. erst zu einer Zeit bezogen hatte, als Levin sich gar nicht mehr in Berlin befand, sondern bereits flüchtig geworden war. Die Polizei hatte Veranlassung genommen, das Geschäftslokal des Angeklagten Raphael, am Ronbignonplatz 12, schon längere Zeit im geheimen zu beobachten, und sie stellte fest, daß dieser mit einem andern Partiewarenhändler namens Rosenberger in einem sehr intimen Geschäftsverhältnis stehen mußte, letzterer auch häufig in Raphael's Geschäftslokal Waren verläufte. Ebenso konnte festgestellt werden, daß beide zusammen sich wiederholt in das Haus Stralauerstr. 41 begaben und daß in einem abgelegenen Winkel dieses Hauses sich das angeblich dem Rosenberger gehörige Warenlager befand. Als die Polizei dort eindrang, fand sie den Raum bis zur Decke vollgepfropft mit Paketen und Waren aller Art: Luchsen, Seidenstoffen, Tricotagen, Fellen, Teppichen, Eisenbeinsäcken, 89 Uhren, die in Cigarrenkisten verpackt waren etc. Der größte Teil dieser Waren stammte aus Diebstählen her, die bei den Firmen Ury u. Reher, Julius Prager, Gerion, Walter Hirschfeld, Kaufmann Klopstock und Fabrikant Seelig ausgeführt waren. Klein 91 Pakete enthielten Tricotagen, die aus einem bei der Firma Gebr. Grunow ausgeführten Diebstahle herührten. Rosenberger ist inzwischen geisteskrank geworden und kann deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden. Raphael bestritt, daß er mit Rosenberger irgendwie in einem Sozialverhältnis gestanden habe, und lehnte jede Verantwortung für die in dessen Warenlager vorgefundenen Waren ab. — Als Diebe werden die drei ersten Angeklagten in Anspruch genommen, insbesondere sollen Böhm und Klingner in hervorragender Weise bei den Fehldiebstählen beteiligt gewesen sein. Der Angeklagte Herzberg wird beschuldigt, als Dienstmann fortgesetzt für Raphael Pakete weggetragen und sich dadurch der Beihilfe schuldig gemacht zu haben. Er bestritt seine Schuld ebenso wie die übrigen Angeklagten. Da zur Ueberführung es der Vernehmung von über 50 Zeugen bedürfen wird, hat der Vorsitzende sechs Sitzungstage für die Verhandlung angesetzt. Der Vorsicht wegen ließ der Vorsitzende während der Vernehmung jedes einzelnen Angeklagten die übrigen abführen, damit nicht einer dem andern lernen könnte. Wir werden seiner Zeit das Ergebnis der Verhandlung mitteilen.

Eingegangene Druckschriften.
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 33. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein sonderliches Mißverständnis. — Die Volksschule in der Rauschperiode. Von Heinrich Schulz (Fortsetzung). — Und zum drittenmal das belgische Experiment. Von Rosa Luxemburg. — Die Gerichtsurteile des Herrn Paul Rogmann. Von Jacob Brod. — Aus den Vereinigten Staaten. Von J. L. Franz (New York). — Splittler. — Literarische

Hundschau: Adolf Wagner, Professor, Agrar- und Industriekant. — **Beitrag:** Briefe von Karl Marx an Dr. L. Engelmann. (Fortsetzung.)
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Colporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist und werden die Nr. 11 des 12. Jahrgangs ausgegeben. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: **Schau unter Kindern!** I. — Das Weib und der Intellektualismus. Von Gertrud David. — **Vereinsrecht der Frauen in Bremen.** — **Volkskabinen in der Textilindustrie.** Von W. D. — **Aus der Bewegung.** — **Beitrag:** Frau Rai Goethe. Von Manfred Wittich. (Schluß). — **Kritiken:** Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — **Werbliche Fabrikinspektoren.** — **Socialer Gefährdung.** — **Dienstreuefrage.**
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.
Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 11 seines 10. Jahrgangs erscheinen lassen. Die Heftgabe bringt einen Nachruf für Heinrich Müller, den verstorbenen Bergarbeiterführer, von Otto Quab, nebst einem Porträt Müllers. Außerdem enthält die 10. Seiten starke Nummer noch zahlreiche Beiträge aus dem Gebiete der politischen und gesellschaftlichen Satire, so das wir unsere Lesern die Anschaffung derselben nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Centralverband der Handlungsgeschäften und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Heute abend 9 Uhr in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Generalversammlung in Halle.

Witterungsübersicht vom 21. Mai 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. °C
Zwinnende	756	Stil	—	bedeckt	10	Saparanda	756	S	Zwölfen	2	
Hamburg	760	SW	—	2 bedeckt	8	Petersburg	755	SW	2 bedeckt	6	
Berlin	758	SW	—	3 bedeckt	9	Gort	742	—	1 heiter	9	
Frankf. M.	763	SW	—	2 wolkig	8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	SW	—	6 heiter	7	Paris	767	SW	3 bedeckt	7	
Wien	761	W	—	3 hlb. b. ed.	10						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. Mai 1902.
Bleibt heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.
Erdbeben. 10 000 Mark? Ja.
R. Z. 1876. Wittikonarouin oder Millardarouin.
B. N. 200. 1. Unfinn. 2. Entweder anormal oder abnorm. 3. Nicht vorhanden dem Inhalt nach.
Weltgeschichte. Die genannte „Weltgeschichte“ hat keinen wissenschaftlichen Wert.
B. N. 27. Vorsitzender des Kuratoriums für die Theresie Seemann-Stiftung ist Stadtrat Weigert, Rathaus, Zimmer Nr. 115, Sprechstunden 12-1 Uhr.
Herzfeld 100. Die Gerichtskosten verfahren in vier Jahren, vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem weder eine Mahnung noch ein Erkenntnis, noch eine Pfändung, noch eine Zwangsversteigerung oder dergleichen wegen der Kosten erfolgt. Teilen Sie der Kasse mit, daß die Kosten verjährt sind. Wenn etwa die Ihnen bewilligten Daten über das Jahr 1897 hinausreichen, so läge Verjährung nicht vor. — **M. R. Bornwärd.** 1. Ja. 2. Fragen Sie mündlich in der Expedition oder in der Ihnen zunächst liegenden Annahmestelle nach. 3. Nein. — **N. 27.** Die Ehe ist vor dem zuständigen Standesbeamten zu schließen. Zukünftig ist der Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Unter mehreren zuständigen Standesbeamten haben die Verlobten die Wahl. Die Bekanntmachung des Aufgebots erfolgt in der oder den Gemeinden, wo die Verlobten ihren Wohnsitz haben und wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten fünf Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes.

Theater.
Donnerstag, den 22. Mai.
Spernhaus. Der Bildhauer, über: Die Stimme der Natur. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Weisenpiel IX: Ralston der Weiße. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Unter blonden Bestien. — Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reiner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Fischmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schillersee. Der Wissenschaftler. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Darauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süssen. Geflohen.
Carl Weik. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Rezeptionsbühne. Heinrich Heine. Ein gewisser Schwärmerjohn. Anfang 8 Uhr.
E. v. Holzogens. Buntes Theater (Heberbreil). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Der Fall Moncel. Schöne Seelen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmshäusliches. Lumpenagabundus, über: Das übertriebene Kleeblatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crytheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper) A Basso Porto. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Lybriate. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Ben Ali-Bey und sein orientalisches Sauber-Ensemble. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Endlich. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vollage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Tauben-Str. 48/49. (Am Theaterplatz.) Abends 8 Uhr: Dr. G. Decker: Die deutsche Dialektik. Täglich: Sternwarte.
Schiller-Theater (Wollner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Unter blonden Bestien.** Komödie in 1 Akt von Max Drever.
Der Thor und der Tod. Von Hugo v. Hofmannsthal.
Paracelsus. Verspiel in 1 Akt von Arthur Schnitzler.
Post festum. Lustspiel in 1 Akt von Ernst Wichert.
Freitagabend 8 Uhr: **Zwei Wappen.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Unter blonden Bestien. — Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.**
Central-Theater.
Heute, abends 7 1/2 Uhr, zum 158. und letztmal:
Das süße Mädchen. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, und die folgenden Tage:
„Coralle u. Cie.“
Schwan in 3 Akte v. Albin Balabroque und Maurice Desmoulin.
Thalia-Theater. Dresdenstraße 72/73.
Anfang 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Der G'wissenswurm. Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Kniggegruber.
Freitag: **Der G'wissenswurm.** — Sonnabend: **Jägerblut.** — Sonntag: **Jägerblut.** Montag: **Amerikafestli.** Bei günstiger Witterung: **Grosses Garten-Konzert.**
Fröbels
Allerlei-Theater
früher Puhlmann
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: Gr. Gartenkonzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Kommen! Leben! Saunen!
Abendlich kürzlicher Besuch des erstklassigen Riessensprogramm.
Im Prachtlokal: **Gr. Ball.** Anfang Konzert 5 Uhr, Sockl. 6 Uhr. Entree 30 Pf., Sperrsitze 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plänen 8. Hälfte.
Vereinen u. Gesellschaften steht mein Lokal unter günstigen Bedingungen zur Verfügung. Wilhelm Fröbel.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 163. Nur noch kurze Zeit:
Das **Bärenweib!**
Neu! **Riesenphotographien** von **Marlinique** der vom Erdbeben heimgesuchten Insel in West-Indien.
Neu! **Der Boerenkrieg.**
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
lieute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr:
Grosses Militär-Konzert ausgeführt v. 3 Musikcorps.
Entree 1 Mark von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Morgen u. folg. Tage: Gr. Konzert.
Metropol-Theater
Donnerstag: **Morwitz-Oper.** Fanny Moran Olden:
A Basso Porto. (Am unteren Hafen.)
Freitag: **Heinrich Bütel: Die weiße Dame.** Sonnabend: populäre Vorstellung bei halben Preisen: **Der Wildschütz.** Komische Oper von Lortzing.
Belle-Alliance-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Zum 151. Male: **Die Dame aus Trouville.** Schwan mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms. Mizzi Birken. Rosa Marton. Darauf: „Gr.“ Lebensbild in 1 Akt. — Morg.: Diefelbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr.
Die Viper. Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern von H. A. Revel.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Jeder Abonnent des „Berliner Total-Anzeiger“ erhält an der Kasse gegen Vorzeigung der Abonnementsanmeldung ein nummeriertes Vorrecht für 60 Pf. am Sonntag-nachm. 3 Uhr: **Der Doppelpänger.**
Im Garten: Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.
Apollo-Theater
Um 7 Uhr: **Grosses Garten-Konzert.**
Um 8 Uhr: **Die vorzüglichen Spezialitäten.**
Um 9 Uhr: **Kolossaler Lacherfolg: Lysistrata** mit dem Luftballett „Grigolatis“. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr. **Das Riess-Mai-Programm** 16 Elite-Nummern in der abwechslungsreichsten Reihenfolge.
Otto Bayer der elegante Humorist.
Emmy Doré die reizende Soubrette.
Auf der Sportbühne: **Damen-Ringkampf.**
Prater-Theater Kabanien-Allee 7-9. Täglich:
Durch fremde Schuld. Vollschad mit Gesang in 3 Akten. Ballettges. Cathrin. Tyrolionna Mary Elys. Grottesque-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, musk. Greentrics. Mr. Barling, leb. Photogr. Fred Marzahnli Troupe, Bantom. Musikantenstreichs. Barlings elektrische Feoris. (3000 Glühbirnen) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf.
Prater-Theater Kabanien-Allee 7-9. Täglich:
Durch fremde Schuld. Vollschad mit Gesang in 3 Akten. Ballettges. Cathrin. Tyrolionna Mary Elys. Grottesque-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, musk. Greentrics. Mr. Barling, leb. Photogr. Fred Marzahnli Troupe, Bantom. Musikantenstreichs. Barlings elektrische Feoris. (3000 Glühbirnen) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf.

Schall und Rauch (Kleines Theater) Unter den Linden 44.
Donnerstag, 22. Mai, abds. 8 1/2 Uhr: **Serenissimus-Zwischenspiele** Gastspiel von **Emanuel Reicher.** Der Fall Moncel. Schöne Seelen. Kollegen.
W. Noacks Theater. Brennstraße 16. Täglich im Garten: **Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Nord und süd. Operette in 1 Akt von Rob. Lindert. Musik von Richard Tiele. Im Saal: **Tanzkränzchen.**
Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Täglich abends 8 Uhr:
Ben-Ali-Bey u. sein orient. Zauber-Ensemble.
Vorverkauf d. Logen u. num. Sitze an der Theaterkasse des Warenhauses **A. Wertheim.** Leipzigstr. Preise der Plätze: Logen 2,50 M., Sperrsitze 1,50, numer. Parquet u. numer. Rang-Balkon 1 M., Parterre 50 Pf., Stehpart u. unnum. 30 Pf.
Casino-Theater Lothringersr. 37. „Hochzeitliche.“ „Ebnlich“ (Forts. d. „Hochzeitliche“). Dazu 6 Specialit. 1. Rang. Anf. Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Ostbahn-Park. Am Kärntnerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs. Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.
Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.
Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.

Todes-Anzeige.
Gestern morgen 3 Uhr verchied nach langem schweren Leiden unser lieber einziger Sohn,
der Bautechniker Otto Ritter,
im Alter von 24 Jahren.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern
Theodor Ritter und Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofs aus statt.
Sanssouci
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: **Hoffmanns Norddeutsche Sängers** und Konzert. Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen.** **Tanz frei!** Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.
Wintergarten. Heute:
Das neue Mai-Programm! Interessant! Amüsant! Sensationell!
Schweizer Garten
Am Königsthor 43029. **Au Friedrichshain** Täglich: Theater, Spezialitäten und Ball. — Bis 7 Uhr freier Tamentanz. — Raffinierter, belustigender. — Entree 30 Pf.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.
Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.
Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-14 Uhr.

PAPUSS!
Sinnvollste „Stücken-Plingelohr“

Konsumverein für Schöneberg u. Umgegend

(G. B. m. B. S.)
Donnerstag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Obst,
Weiningerstraße 8:

General-Verammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Halbjahresbericht des Vorstandes.
 2. Stellungnahme zum Zusammenschluß der Konsumvereine.
 3. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat.
- Mitgliedstärkte oder -Buch legitimiert.
- Der Vorstand:
Otto Reiche, Wilhelm Baumler.

108/8

Cognac:

Deutscher Verschnitt-Cognac a 0,90 M.
deutscher Cognac 1,40 „
Original v. Hermann Meyer & Co. 2,40 „
Franz. Verschnitt 2,- „
Franz. Cognac M. 2,40 u. 2,75 „
Franz. „ sehr fein „ 3,90 u. 5,40 „

Ei-Cognac

nur aus frischen Eiern feinsten Qualität
1 Liter 2,40, 1/2 Liter 1,25, 1/4 Liter 0,65 M.
Flasche wird mit 10 Pf. berechnet und
zurückgenommen.

Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.

Nicht Zusagendes wird zurückgenommen.
Bestellungen frei Haus bitten an uns
direkt zu senden.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.

Fernsprecher Amt III No. 3524. 4144L*

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Marke: „Schlesinger“.

Was ist Marke: „Schlesinger“?

Marke: „Schlesinger“ ist die Bezeichnung der aus dem Bekleidungshaus Herrmann Schlesinger in Berlin-Moabit, Turmstrasse 85, stammenden Herren- und Knaben-Bekleidungsgegenstände, als Anzüge, Ueberzieher, Hosen, Joppen usw.

Dieses Fabrikat hat sich als ebenso preiswert wie haltbar erwiesen, ist in Moabit gut eingeführt und auch aus anderen Stadtteilen und von außerhalb wird der Ruf nach immer größer.

Solidität, Zweckmäßigkeit und streng feste Preise vermehren täglich seinen Ruf, was auch die stets zahlreicher werdenden Nachbestellungen beweisen.

Nach dem überaus kalten Wintergeschäft sind jetzt verschiedene ältere Genres billiger zu haben, während das Lager täglich durch Neuheiten ergänzt wird.

Das viele Vorziehen, Feilschen und Wäffeln hat dem Publikum lange Zeit den Einkauf von Anzügen zu den unangenehmsten Gelegenheiten gemacht. Die wirklich vornehme Bekleidung, verbunden mit den besten Preisen, läßt den Einkauf bei Schlesinger als angenehm und vorteilhaft erscheinen.

Offener Abend am 24. Mai, abends 9 Uhr,
Schönhäuser Allee Nr. 161.

Vortrag:

Dämon Alkohol.

Diskussion.

Nachdem Tanzkränzen mit Kaffeeisch, humoristische Vorträge, Deklamationen, Gesangsbeiträge usw. Aufzutreten des rühmlichst bekannten Wäcker und Niederländer Herrn Carl Adam I.

Zur Deckung der Unkosten findet eine Teilerfassung statt.
Bei der Bedeutung, welche die Alkoholfrage nachgerade für die gesamte Bevölkerung und nicht zum mindesten für die arbeitende Klasse erlangt hat, ist es notwendig, daß man sich geistig öffentlich zu einander ausspricht, um vorgefaßte Meinungen und Irrtümer richtig zu stellen.
So laden wir Alt und Jung, Männer und Frauen ein, mit uns an diesem Abend die allgewaltige Mächte des gesellschaftlichen Trintzwanges objektiv zu besprechen.
Bei der allsofortigen Feilschen wird man sich überzeugen können, daß man nicht nötig hat, seine gute Raune aus dem Gase zu schöpfen, sondern daß man den echten Humor in seinem Innern trägt.

Nationale Abstinenzbewegung „Seceffion“.

Freie Volksbühne.

„Berliner Theater“: 9./10. Abteilung,
9 1/2 Uhr, Sonntag, den 25. Mai:

„Gläubiger“,
„Pass“, „Volksaufklärung“.

Gleichzeitig:

Erste Opern-Vorstellung (rote Marken):

Don Juan

im Metropol-Theater. Verlosung der
Billets beginnt 8 Uhr. Anfang 9 1/2 Uhr.
Opernheft I, Textauszug und Aufsatz nebst
Theaterzettel von heute ab in den Zahlstellen
von Beyer (N.), Löwenberg (C.), G. Schulz (SO.),
Vogel (O.), Kunka (W.). Nächsten Sonntag
zweite Opernvorstellung: (229/4)

Don Juan.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 25. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Schiller-Theater“:
Einsame Menschen.

Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Karten für Mittags- und Gänge sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben:
Norden: Knapp, Rest, Grünthalstr. 5. Grabhau, Prenzlauer
Allee 215. Bühr, Katerstraße 38. II. Nord-Ost: Rest, Georgenkirchstr. 23. III.
Nord-West: Beder, Cigarrengeschäft, Geydowstraße 9. Süd-West: Vech,
Schulze, Wilmersstraße 120. Süden: Böhler, Cigarrengeschäft,
Kommendantenstraße 62. Süd-Ost: Köhn, Rest, Rammstr. 58. Kaufhof,
Strangelstr. 52. III. Osten: Gees, Hübnerstraße 48. Kirch, Roten-
straße 3. Stf. III. Centrum: Glaser, Weinmeisterstr. 18. Rixdorf: Stamm-
pfeil, Schmeierstr. 11. I. Schöneberg: Krenzl, Chemiststr. 2. Friedenau:
Danz, Kirchr. 15. Stf. III. 1607

Fordern Sie in den Tabakhandlungen

Dänischen Anker-Kautabak
Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.
Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Gräner Weg 5, Amt 7. 3501.

Daufragung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, sowie dem Metallarbeiter-
Verband und dem 643. Bezirk des
6. Wahlkreises für die rege Beteiligung
und für die reichlichen Kräfte spenden
bei der Beerdigung meines lieben
Vateres und unfrei unergieblichen
Bruders, des Formers Otto Weigert,
Sprechen wir hiermit unser tief-
gefühltes Dank aus.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste Moquettes,
Blüsch Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158
Oranienstr.

Alle Wanzen

sterben sofort nebst Brut, durch meinen
Wanzenod. in Fl. 0,50, 1 Pf. —
Schwaben, Hüllen, Franzosen etc.
werden durch mein Pulver vollständig
vernichtet. Schfl. 0,30, 0,60, 1 Pf.
Jahresliche Knerkennungen.

1000 Mark Belohnung

zähle ich demjenigen, der mir einen
Richterfolg nachweist. Nur allein echt
bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnen-
strasse 18, Ecke Veteraniensirasse.

74. Erieh Lazarus 74.

Prakt. Zahn-Arzt, Berlin NO.
74. Gr. Frankfurterstr. 74.
Nahe Kaiserstr., Alexanderplatz.
Sprechstunden: 9-7 Uhr.
Schmerzl. Zahnziehen m. Bromasthyl
(gefahrl. Betäubungsm.) 3 M.
Plomben, künstl. Zähne v. 2 M. an.
Auf Wunsch wöchentlich
monatlich Teilzahlung! Umarbeitung
schlecht sitz. Gebisse. Zahnarzt
bei Berliner Orts-Krankenkassen.

Patentanwalt Dammann,

Horitzplatz 57.
Kustunft bis abends neun. [40482*]

Carl Helbig,

Heilgehilfe und Massageur
für sämtliche Krankheitsfälle Berlin
(41116*) und Umgebung.
Hofedstr. 9, Eing. Wattstr. 10, I

Neue Welt

Orte. Donnerstag, den 22. Mai: **Stilles**
Grosses Doppel-Konzert von der
Regimentskapelle des 4. Garde-
Regiments i. F., unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Wergler,
sowie der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Böhle.

Gala-Variété-Vorstellung.

Erstes diesjähriges **Wionire-Fest** mit eigens
arrangiertem Programm, hergestellt und
abgegeben vom Kunstfeuerwerker Herrn
Bock. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der
Vorstellung 5 Uhr.

Täglich Konzert und Specialitäten-Vorstellung.

3 Regelbühnen. Die Kaffeeblinde ist geöffnet. 42120

„Wanzenfeind“ „Mottenfeind“ „Schwabenfeind“

in der Flasche“ im Beutel“, im Streu-Turm“
Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. nur 5 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 1,00
Unfehlbar sicher. Th. Schmiedel
Allein-Verkauf: Fabrikant Fernspr.: Amt 7a, 6331. (Alexanderplatz.)
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

D. Wurzel & Co. Berufskleidung- und Wäschefabrik jetzt: Brückenstrasse 10b, 1 Treppe.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Jeder Käufer erhält 4 Proz. extra.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Hochwaldparzellen mit Wiese und Wasser, von 500 Rast an, verkauft Plumbbaum, Fernsdorf, Hindensstraße 15. 26818*

Gardinenhand-Große Franzfurterstraße 9, parterre. 437*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 26-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkauf Germania, Unter den Linden 21, II.

Zuchtschnecken, spottbillig, Kachener Fabrikate, Gedenkscheine 15, Hof. *

Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 85 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Auftrieb, Komptoir Kaiserstraße 25A, selber Barumstrasse 4 und 5. Sonntag geöffnet. 10888*

Möbel-Gelegentlich. Beim Kultur-nator Otto Wiede, Wilmersstraße 25 (Bahnhofstr.), stehen zum spottbilligen Verkauf neue bediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Polster-Sofa mit 2000, Salonstühle 2000, Zimmerstühle 8,00, Tischstühle 2,00, Salongarnituren, Baneele (Sofa, Kuchentisch, Büffeltisch, Schreibtisch, Bücherregal, Salongehäuse, gebläute Uebergehänge, Divan, Stühle, Steppdecken, Salonhüllen, Tischstühle 5,00. Verschiedene Gegenstände. Gefasstes Lager unentgeltlich. 11572*

Haarfarbmittel, unübertroffen, überaus langhaltig. Färbung Pfennig-Probeflächen, Charlottenstraße 1.

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzdorn Bandbergstraße 15. 11408*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bohnhof Börs. 1117*

Teppiche, gute Qualität, keine Wechler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoehr, Rungstraße 17.

Teppiche mit Herdensteinen Fadrlieferlage Große Franzfurterstraße 9, parterre. 437*

Planino, spottbillig, Pfandleide Alexanderbrunnstraße 73. 24/10*

Fahrräder, nur gute“ und Re-paraturen macht Carl Niethe, Große Franzfurterstraße 123. 25206*

Mähmaschinen, spottbillig, Klei-nen auswahl. Pfandleide Alexanderbrunnstraße 73. 24/10*

Stieppdecken billig! Habrit Große Franzfurterstraße 9, parterre. 437*

Kolonialwaren, Grüntram - Ge-schäft ist gegen Rasse für 1500 Mark (loset mit 1 Pferd, 2 Wagen, 1 Kofe und Waren zu verkaufen. Pfeifer, Poststraße 3a. 473

Restaurations mit Herberge am Alexanderplatz - Bahnhof, Goldgrube, volle Konzession, Gewerkschaftsverteiler, Zahlstellen, Gas, viele Kaufleute, billige Miete, zu verkaufen. Offerten J. I. Expedition dieser Zeitung. 26675

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, sauber und schön, werden billig verkauft, auch alt Gold wird in Zahlung genommen in der Pfandleihe Deutzenstraße 28, I. Ecke Ritterstraße. 27315

Vermischte Anzeigen.

Ringreif, Hobbin, Adler, Schnei-näher, ohne Anzählung, Waage 1,00, gebrauchte 12,00. Lieferung sofort. Postkarte genügt. Köpferstraße 60/61, Bandbergstraße 82, I. 490*

Elegante Sommerhüte, Ederst, Apocra, 6 Mark. Salomonstraße, Weberstraße 60, III. 27255

Rechtsbureau Habisch, Andread-straße 26, unbedingte, Rechtshilfe, Eingabengeld, Raterteilung. 27155*

Unfallhaken, Klagen, Eingaben, Deklamationen, Puffer, Stetler-straße 65. 25425*

Uhren-Reparaturwerkstatt Wilhelmstraße, Putzstraße 20. 4143*

Fahrräder repariert billig! Hammer, Andreadstraße 70. 26180

Kleider, Betten, Wäsche, Nachlässe, für eines Geschäft, höchstbillig. Rochbar, Vangerstr. 32. 2472*

Platinen, gebrauchte Bügel, aller-
höchste Preise. Katerstraße 174.

Pfandleide, Bäder laut Ver-
trag. Alexanderstraße 59 I. 143/5*

Bilderrahmen! Wer sich über diese
ruchlose Geschäftsmittel unvorige Zeit
unterrichtet will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Bild-
errahmen, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Tierchen-
verein, Köpferstraße 108. Um
giltigen Abdruck wird gebeten. 1611*

Bereinszimmer, 35 Personen, empfiehlt Glase, Krausenstraße 18.

Mittagstisch nach Wahl, mit Bier
60 Pfennig, Bereinszimmer (40 Per-
sonen fassend), empfiehlt Arnold
Schulz, Oberdönhofsstr. 20, Bild-
ninnenhofstraße 40. 24045*

Mugha-Wad, Köpferstraße 60,
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
schaften. 11282*

Erkläre Herrn und Frau Volk,
Straßenverkehrsstr. 11, für ehrenhafte
Verste und nehme die Beleidigung
zurück. Frau Hallerstein. 4143

Rechtsbureau, Prozeßbeihand,
Eingabengeld, Raterteilung. Hall,
Brunnenstraße 12/13. 27325

Gefährdungen, Straßendiebst,
Unfallversicherungen! Stellungsgeld!
Raterteilung! Vinkenstraße 30.

75 Pfennig! Eingabengeld,
Schandhaken, Straßendiebst, Gef-
ährdungen, Interventionen, Beleidig-
ungen, Alimentenklagen, Unfall-
versicherungen, Zahlungsbefehle, Raterteilung.
Wulow, Stalitzerstraße 141. Abends
geöffnet. 27305

Vorzügliches Mittag- und Abend-
essen mit Bier 50. Bereinszimmer,
20-30 Personen fassend, empfiehlt
Berg, Oranienstraße 154, Keller.

Frauenhaare kauft Winterfeld,
Chausseestraße 121. 27235

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle billig
Kommendantenstraße 66, Hof links III.
Schlafstelle, saubere, good Herren,
vermieter Witwe Schulz, Ramm-
straße 32, parterre. 4147

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Suche Wochensold. Annenstr. 2,
vorn 4 Treppen bei Böllner. 12905*

Stellungsangebote.
Klempner verlangt Tischhorn,
Köpenickerstraße 149. 27255
Wichtige Farbmalerei verlangt
Gummierbach, Krausenstraße 39. 4143

Blasen-Arbeiterinnen, die bester
Genre selbständig müssen können,
mit Probeort verlangen Schlegel
u. Sohn, Kaiser Wilhelmstraße 29.

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Seite

Gütiger Feiner!
Wer mit dem Berliner fortwährender
Leben genau Beschäftigt sein, sofort
gekauft. Offerten unter K. 1 an die
Expedition dieses Blattes. 41980*

Achtung! Holzarbeiter!
Gepferrt sind folgende Verhältnisse:
Leibe u. Co., Großbrennerei 64.
Fischer und Wägenmacher.
Schmidt u. Herrensart, Fischerstr. 8.
Grün u. Holzweg, Gneisenstraße 44/45.
Wegner, Wilmersdorf.
85/3* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zugang von Tischlern und Drechslern
Berthold Ray Tischler, Spandau,
ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung
des deutschen Holzarbeiter-
Verbandes, Spandau.

Achtung, Bauarbeiter!
Auf dem Neubau des Konzerthauses
Brunsch, Memeler- und Hübnerdorferstraße - Gde,
wird die Steinträger-Arbeit 25 Pf. unter dem tarifmäßigen Preis aus-
geführt, tragend von der ersten Etage der Holzstuhl aufgeführt werden soll.
Die Kollegen werden ersucht, den Zugang nach diesem Bau fernzuhalten.
Die Lokalkommission. J. A. O. Wichter.